

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1921

243 (18.10.1921)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 5.50 M mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 5.50 M; in der Geschäftsstelle und bei unseren Karlsruher Abzügen abgeholt 5 M monatlich. — Einzelgenuss 25 Pf. Ausgabe: Wertags mittags, Geschäftsstelle u. Redaktion: Durlanderstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die einseitige Kolonelleite 1.40 M. Die Restameile bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmefrist 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Die Veröffentlichung des Beschlusses wegen Oberschlesien verschoben

WZ. Genf, 17. Okt. Die Veröffentlichung des Beschlusses über Oberschlesien ist von neuem verschoben worden. Noch heute morgen wurde dem Generalsekretariat versichert, daß der Beschluß am Dienstag herauskommen werde. Dann erfuhr man aus Paris, daß die Vorkonferenz heute morgen nicht, wie zuerst geplant, zusammenzutreten konnte und erst heute nachmittag, vielleicht erst Dienstag vormittag tagen wird, sobald eine Veröffentlichung vor Mittwoch nicht zu erwarten sei.

Man verfolgt hier mit gewisser Unruhe die Auseinandersetzungen, namentlich der französischen Presse, über die Frage, ob die Teilungslinie in Oberschlesien auch bei Abschaffung der Wirtschaftsabkommen durch Deutschland oder Polen Gültigkeit hat oder nur gleichzeitig mit Inkrafttreten der wirtschaftlichen Vor schläge gilt. An gut unterrichteter Stelle erklärt man, daß diese Frage auf Grund der bisher bekannten Mitteilung nicht zu lösen sei, sondern erst nach Kenntnis des genauen Wortlautes des amtlichen Textes mit Klarheit beantwortet werden könne. Gleichzeitig deutet man an, daß direkte deutsch-polnische Verhandlungen wahrscheinlich notwendig sein werden, um eine praktische Verwirklichung der Beschlüsse zu ermöglichen.

Die lebhafteste Kritik der deutschen Presse an dem Völkerbundsgutachten hat hier Eindruck gemacht. Man stellt ihr die Behauptung entgegen, daß auf Grund des Verlaufs der Verhandlungen eine andere Lösung als die vorgeschlagene nicht denkbar war und daß sie unter den gegebenen Umständen die beste aller möglichen Lösungen darstellt.

Nochmalige Prüfung?

WZ. Paris, 17. Okt. Die Sitzung der Vorkonferenz, die heute nachmittag wegen der Inkraftsetzung der Empfehlungen des Völkerbundsrats über Oberschlesien stattfinden sollte, wurde vertagt. Sie wird voraussichtlich am Mittwoch stattfinden. Es wurde für erforderlich gehalten, eine juristische Prüfung der Frage vorzunehmen. Man erwartete die Ankunft des englischen Juristen Matins.

Protestkundgebung gegen die Teilung Oberschlesiens

Mannheim, 17. Okt. Gestern vormittag fand im Volkshaus auf Einladung der Mannheimer Oberschlesier eine Protestversammlung statt. Herr Kemmich aus Frankfurt sprach nochmals kurz über die Genfer Entscheidung, welche er angesichts der Volksabstimmung eine Farce nannte. Er wies u. a. darauf hin, daß wir 86 Prozent der ober-schlesischen Kohlenproduktion d. h.

Die Vorbereitungen in Oppeln

WZ. Oppeln, 17. Okt. Bei der Interalliierten Abstimmungs-Kommission in Oppeln und bei der Grenzkommandantur herrscht reges Leben. Die Vorbereitungen für die Liebergabe werden getroffen. Große Höhen Ätzen werden verbrannt. Der Abtransport der interalliierten Truppen aus Oberschlesien ist geplant, daß zuerst die Engländer und Italiener und zuletzt erst die Franzosen abrücken werden. Die französische 40. Division, die besonders für Oberschlesien aufgestellt worden war, wird bis auf das 20. Jägerbataillon, das zur Verstärkung der französischen Garnison nach Remel verlegt werden soll, aufgelöst werden.

Einberufung des Reichstages

WZ. Berlin, 17. Okt. Der Vorkonferenzrat des Reichstages beschloß in seiner Sitzung heute vormittag, an der wiederum der Reichskanzler teilnahm, nach kurzer Aussprache, die Plenarsitzung des Reichstages für Donnerstag in Aussicht zu nehmen und zu diesem Tage die Mitglieder des Reichstages nach Berlin zu berufen. Die Stunde der Sitzung ist noch nicht bekannt, da die amtlichen Mitteilungen über die Genfer Beschlüsse noch nicht in Berlin eingetroffen sind.

Der Dollarkurs auf 160

WZ. Berlin, 17. Okt. Wie nach den Nachrichten der letzten Woche vorausgesehen war, hat sich die Devisenkaufse, die am Samstag mit Wucht eingeleitet hatte, zu Beginn der neuen Woche in fürnehmlichem Tempo fortgesetzt, so daß gegen 11 Uhr der Dollar bereits mit 160 M. bezahlt wurde.

Der Achtstundentag in Polen

Danzig, 17. Okt. Die Warschauer sozialdemokratische Zeitung „Robotnik“ ruft an der Spitze des Blattes alle sozialistischen Parteinorganisationen zum Protest gegen die geplante Verlängerung der Arbeitstage auf.

Die Schweizer gegen das Frauenstimmrecht

WZ. Genf, 17. Okt. In der Schweiz fand gestern eine Abstimmung über das Frauenwahlrecht statt. In dem Kanton Genf haben sich 14 166 Stimmen gegen und 6629 Stimmen für das Wahlrecht der Frauen ausgesprochen. In den Kantonen St. Gallen und Neuchâtel hat sich ebenfalls eine Mehrheit gegen das Frauenstimmrecht ergeben.

ihren rund 360 000 Stimmen wieder an der Spitze. Die Unabhängigen, die im Vorjahre noch an die 612 000 Stimmen erhielten, sind nach Abschwenkung der Kommunisten auf ganze 308 000 Stimmen zurückgegangen. Die Kommunisten brachten es nur auf 147 000 Stimmen und da große Teile der sozialistisch gesinnten Wähler verärgert zu Hause blieben und überhaupt nicht wählten, hat die Gesamtheit der drei sozialistischen Parteien 68 000 Stimmen eingebüßt, wenn man die freiwildig irregulierten Kommunisten noch als „sozialistische Partei“ bezeichnen will.

Das ist das Fazit. Wahrlich, die Unabhängigen, die zuerst den Spaltplatz in die Arbeitererschaft setzten, tragen eine schwere Schuld, über die sie sich vor der Weltgeschichte zu verantworten haben werden. Sie haben dem Sozialismus und damit den Interessen der Arbeitererschaft und des Proletariats schweren Schaden zugefügt.

Die Arbeitererschaft in Baden, wo alljährlich die politische Reife der Massen den Radikalismus nicht in dem Maße aufkommen ließ, wie in einzelnen norddeutschen Zentren, mag hieraus in Anbetracht der kommenden Landtagswahlen die Nutzanwendung ziehen. Die Unabhängigen und Kommunisten mögen sich zieren und sträuben wie sie wollen. Es nutzt ihnen nichts. Die sozialistische Erkenntnis ist in der alten Partei der Mehrheitssozialisten verankert und der Sieg des Sozialismus wird erst kommen, wenn die Massen wie ehemals zielbewußt und instruktiv nach einer Richtung marschieren, nach der Richtung, wo praktisch erreichbare Ziele winken.

Preßstimmen

Der „Vorwärts“ bemerkt in seiner gestrigen Abendausgabe, daß die politische Arbeiterbewegung in Großberlin durch die Stadtverordnetenwahlen eine schwere Niederlage erlitten hat, und schreibt: Das Bürgertum hat erreicht, woran zu denken zu bedenklich und zu Singers Zeiten beinahe eine Unmöglichkeit gewesen wäre, das rote Berlin hat keine sozialistische Mehrheit. Der „Volkswacht“ weist auf das starke Anwachsen der deutschnationalen Volkspartei hin und nennt es ein Zeichen der Zeit, daß den Regierenden allerorts in Deutschland zu denken geben sollte.

Über die zukünftige Koalitionsbildung im Berliner Stadtparlament sagt die „Vossische Zeitung“: Da eine Linksmehrheit nach dieser Wahl nicht mehr in Frage kommt, dürfte eine Mehrheit der Mitte das Gegebene sein, die analog der geplanten Koalition in Reich und Staat Mehrheitssozialdemokraten, Demokraten, Zentrum, Deutsche Volkspartei und vielleicht auch die Wirtschaftsbewegung umfassen wird. Eine stärkere Umformung des Magistrats ist jedoch auf ein Jahrzehnt hinaus dadurch unmöglich, daß seine besetzten Mitglieder auf 12 Jahre gewählt sind. Nur die 8 Plätze der unbesetzten Stadträte und die entsprechenden Stellen der Bezirke sind auf Grund der Wahl neu zu besetzen.

Die Folgen

Wenn sich die Nachricht bestätigt, daß England dem Spruch des Völkerbundes seine Zustimmung erteilt hat, dann ist die Teilung Oberschlesiens im Sinne dieses Spruches so gut wie vollzogene Tatsache. Man kann sie betrauern und sich über sie empören, aber an ihr wird dadurch nichts geändert. Deutschland hat einen Krieg verloren und muß Land abtreten, das ist die bittere Erkenntnis. Einen neuen Krieg, um dieses Land zu behalten, kann Deutschland nicht führen, das sehen sogar die deutschnationalen ein. Das Schwerkere wird also getragen werden müssen wie all das andere Unglück, das uns von der Monarchie und der kriegshysterischen Politik der deutschnationalen gekommen ist.

Die deutschnationalen möchten nun zu dem Unglück, das Deutschland betroffen hat, ihr besonderes Vergnügen haben: Sie möchten Deutschland noch mehr zugrunde richten, als ihnen das bisher gelungen ist, und darum brüllen sie nach der Demission des Kabinetts Wirth. Soffentlich wird dieses Gebrüll auch den schwachherzigsten Demokraten davon überzeugen, daß es Feigheit und schmachvolle Feilung wäre, das Kabinett jetzt fallen zu lassen, in dem die Demokraten einen weit über ihre Fraktionszahl hinaus reichenden Einfluß besaßen und in dem alles, was geschah, mit ihrer Billigung geschehen ist. Ein solches Verhalten wäre geradezu beispiellos in der politischen Geschichte und müßte im Verhältnis der Parteien zueinander die schwerwiegenden Folgen haben. Rechnen wir also einstweilen damit, daß die Spekulation der Monarchisten auf den Bankrott der bürgerlichen Koalitionsparteien vergeblich ist, und daß Deutschland infolgedessen die vielleicht schwerste innere Krise, die es seit drei Jahren erlebt hat, erpart bleiben wird!

Der deutschnationalistische Führer Hergt hat in der selben Rede in Berlin, in der er den Rücktritt der Reichsregierung verlangte, einen neuen politischen Kurs gefordert der durch eine unentwegte Irredentapolitik und durch die Erklärung bestimmt werden soll, ohne Oberschlesien gebe es keine Erfüllung der Verpflichtungen der Deutschland auferlegten Verpflichtungen. Es wird sich keine Regierung finden, die diesen demagogischen Irrsinn in die Tat umsetzen wird. Treibt Deutschland eine Politik der Irredenta, d. h. eine Politik, die nur von dem Wunsch geleitet wird, das im Krieg verlorene Land wiederzugewinnen, dann handelt es gerade nach dem Wunsch seiner erbittertesten Feinde, die alle Nachbarn Deutschlands mit bisher deutschen Landesgebieten beschenkt haben in der Absicht, zwischen ihnen und Deutschland dauernde Gegensätze zu erzeugen. Die Irredentapolitik Hergts würde Frankreich, Belgien, Dänemark, Litauen, Polen, die Tschecho-Slowakei und Italien zu einem dauernden Bund gegen uns vereinen, wir würden blockiert sein wie im Kriege. So etwas kann man in Versammlungen verlangen, wo man das Maul so weit wie möglich aufreißt, kein verantwortlicher deutscher Staatsmann kann das aber tun.

Ebenso liegt die deutschnationale Forderung, Deutschland solle die Erfüllung der ihm auferlegten Verpflichtungen einstellen, außerhalb des Kreises ernsthafter Erörterungen. Die Folge wäre ein neuer Zusammenbruch und der Verlust des Ruhrediers, sowie der uns verbliebenen Teile Oberschlesiens. So viel Verlust, um das zu begreifen, muß auch Hergt haben, aber diesem Vaterlandsfreund kommt es nur darauf an, die Dummsten im Lande um sich zu sammeln und sie gegen die Republik zu hegen, ganz gleichgültig, was aus dem Vaterland dabei wird.

Die Folgen der Abtrennung wertvoller Gebietsteile werden sich dem Staat nicht sofort, aber allmählich fühlbar machen. Sie bedeuten eine Verringerung seiner Steuerkraft. Das neue „Loch im Osten“, das geöffnet werden soll, bietet der Kapitalflucht und allen unfauberen, die Gesamtheit schädigenden finanziellen Spekulationen die bequemste Gelegenheit.

Noch schmerzlicher wirkt in unserm Gefühl die Gefahr der Drangsalierung, der die deutsche Bevölkerung der unter polnische Herrschaft kommenden deutschen Städte ausgesetzt sein wird, wenn anders nicht die noch unbekannt Einzelbestimmungen der Entscheidung ihr einen kräftigen Riegel vorschieben. Auf der andern Seite aber ist eines gewiß: Die kapitalistische Privatwirtschaft wird von der neuen Grenzsetzung im Osten keinen Nachteil haben, es ist im Gegenteil wahrscheinlich, daß sie aus ihr nicht geringen Vorteil ziehen wird. Denn gerade das „Loch im Osten“ dürfte ihr reiche Gelegenheiten bieten, weit in das polnische Gebiet einzudringen. Der Leidende bei dem ganzen Handel wird also der Staat sein mit der breiten Masse seiner heillosen Bürger, die Besitzenden werden auch hier ihren Vorteil zu finden wissen.

Ist das nun wahrlich kein idealer Zustand, so ist es für die Arbeitererschaft immer noch besser, wenn die Geschäfte gut gehen, als wenn sie schlecht gehen. Es ist gar nicht abzusehen, welche Zustände wir bekommen würden, wenn sich die Arbeitslosigkeit bei uns so ausbreitete wie in den Vereinigten Staaten oder in England. Dort

Die Berliner Wahlen

Das Endergebnis

WZ. Berlin, 17. Okt. Nach den vorläufigen Berechnungen des städtischen Wahlbüros sind bei den Stadtverordnetenwahlen am Sonntag insgesamt 1 672 513 Stimmen abgegeben worden, von denen auf die bürgerlichen Parteien 845 773, auf die drei sozialistischen Parteien 826 740 Stimmen entfielen. Darnach werden die bürgerlichen Parteien mit einer geringen Mehrheit, vielleicht infolge der Listenverbindungen, auch nur in gleicher Stärke mit den sozialistischen Parteien in das Stadtparlament eingehen. Jetzt schon ihre genaue Stärke anzugeben, wäre verfehlt, da erst nach die Sitzungen des Kreiswahlausschusses am 20., 22. und 25. d. Mts. abgewartet werden müssen.

Berlin, 17. Okt. Nach den bisher vorliegenden Ergebnissen wurden bei den gestrigen Stadtverordnetenwahlen Stimmen abgegeben.

Deutschnational	295 860 (i. S. 278 012)
Deutsche Volkspartei	255 266 (i. S. 182 128)
Deutsche soziale Partei	12 588 (—)
Wirtschaftspartei	83 531 (i. S. 65 511)
Zentrum	65 249 (i. S. 59 823)
Demokraten	122 623 (i. S. 113 143)
Sozialdemokraten	359 957 (i. S. 272 058)
Unabhängige	308 206 (i. S. 611 614)
Kommunisten	147 012 (—)

WZ. Berlin, 17. Okt. Aufgrund der um 1 Uhr vorliegenden Zahlen hat der Vorkonferenz folgende Verteilung der Mandate gemeldet, wobei davon ausgegangen wurde, daß die Zahl der Mandate auf 225 festgelegt ist: Deutschnationale 44, Deutsche Volkspartei 34, Wirtschaftspartei 11, Deutsche Soziale 3, Zentrum 7, Demokraten 17, Mehrheitssozialdemokraten 45, Unabhängige 41 und Kommunisten 20. Es stehen danach 116 bürgerlichen 106 Sozialisten gegenüber.

Unsere gestern auf Grund des Teilergebnisses ausgesprochene Befürchtung, daß die Bürgerlichen in Großberlin die Mehrheit erhalten, wird durch das heute vorliegende Endergebnis bestätigt. Allerdings wird die Mehrheit klein und kaum aktionsfähig sein. Aber trotzdem: Der Berliner Wähleradikalismus hat seine Mission erfüllt. Er hat es fertig gebracht, daß eine bürgerliche Mehrheit obenaufkommt. Über der Gang der Dinge nahm auch dort seinen natürlichen Verlauf: Krafel — Spaltung — Bruderkampf — Verwirrung der Arbeitererschaft — Diskreditierung des Sozialismus — Stärkung der Reaktion — Niederlage — dämmernde Erkenntnis. Dann muß wieder von vorne angefangen werden und zwar unter erschwerten Umständen, weil der diesen ungeliebten Verhältnissen naturgemäß verwachsene Individualismus zu überwinden ist.

Daß die bessere Erkenntnis in Berlin bereits stark eingetreten ist, darf trotz der Niederlage als erfreuliche Tatsache konstatiert werden. Markiert doch die alte Partei mit

bleibt, wenn die Privatwirtschaft vorübergehende Schwächeanfalle erleidet, immer noch ein kräftiger Staat, der den Opfern der Krise beistehen kann. Unser Staat ist selber krank und bettelarm, darum ist die Aufrechterhaltung und Steigerung der Produktion für die deutschen Arbeiter mehr eine unmittelbare Frage um Leben oder Tod als für die Arbeiter anderer Länder.

Die politische Grenzziehung in Oberschlesien wird aber, wie gesagt, eine Schädigung der Privatwirtschaft sicherlich herbeiführen. Auch wir können diese Schädigung im Interesse der Arbeiter nicht wollen, sondern müssen vielmehr eine möglichst gedeihliche Entwicklung anstreben. Darum müssen wir fordern, daß nach der Entscheidung der obersten Instanz eine geregelte wirtschaftliche Beziehungen auch zu Polen wieder aufgenommen werden. Polen gegenüber wird gegenüber jedem andern Lande wäre eine bloße Gefühlspolitik kein Nutzen, sondern eine schwerer Schaden. Wir können uns den Kurs einer solchen Gefühlspolitik nach keiner Richtung erlauben, sondern wir müssen vernünftig im Interesse des Volkes handeln und trotz alledem daran arbeiten, daß es wieder aufwärts geht.

Der angeblich mißhandelte Hölz

Der preussische Justizminister hat, wie die B. P. R. erfahren, dem amtlichen preussischen Pressedienst zufolge, die kleine Anfrage der kommunistischen Abgeordneten Meier (Südpreußen) und Gen. betreffend die angebliche Mißhandlung des Strafgefangenen Hölz wie folgt beantwortet:

Der Strafgefangene Hölz hielt am Abend des 20. Juli ds. J. seinen schallenden Agitationsreden zum Fenster seiner Zelle hinaus, sodaß sich eine Menschenmenge anstellte. Er wurde vom Direktor der Anstalt mit dem Hinweis, daß er im Wiederholungsfalle in die Beobachtungszelle gebracht werde. Trotzdem hielt er am Abend des 23. Juli, laute Reden in die Anstalt hinein. Der Direktor ordnete nunmehr an, daß 5 erfahrene und ruhige Beamte Hölz in die Beobachtungszelle führen sollten. Da dieser sich sträubte, mußten die Beamten ihn in die Beobachtungszelle tragen. Hölz leistete äußerlich Widerstand und schrie ununterbrochen. Gemißhandelt ist er von den Beamten nicht möglich ist es aber, daß er sich auf dem Transport an dem Treppengelände und an den Wänden gestoßen hat. Die Beobachtungszelle liegt im Erdgeschosse des Lazarettgebäudes, hat Parkettfußboden und ist hell und luftig. Am übernächsten Tage ist Hölz von dem Anstaltsarzt in Gegenwart eines Hauptwachtmeisters eingehend untersucht worden. Spuren von Mißhandlungen fanden sich nicht vor. Anhaltspunkte dafür, daß Hölz von Beamten beschimpft worden sei, haben sich nicht ergeben. Die Beamten vom Nachdienst bekunden, daß er sich in der fraglichen Nacht in der Beobachtungszelle ruhig verhalten habe und daß sie kein Wort mit ihm gewechselt hätten. Ein Strafausschuss kann Hölz mit Rücksicht auf seine Verurteilung zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe nicht gewährt werden, er ist auch hoffähig. Hinsichtlich des Strafvollzuges und der Beurteilung aus der Strafanstalt werden alle Strafgefangenen ohne Unterschied ihrer Parteizugehörigkeit gleichmäßig behandelt.

Die Abschaffung des Achtstundentages

Mit stillschweigendem Beifall hat die bürgerliche Presse, worunter sich auch das „Karlsruher Tageblatt“ befindet, unter obiger Schlagmarke aller Welt kund und zu wissen getan, daß als erster deutscher Industriebetrieb das Leunawerk den Achtstundentag abgeschafft hat und infolge Arbeitermangel vom 8. Oktober ab die 56 Stundenwoche wieder eingeführt sei. An demselben Tage, also am 8. Oktober, erscheint diese Notiz im „Karlsruher Tageblatt“. Am 12. Oktober kommt in Verfolg dieses Ereignisses eine Abhandlung über den Achtstundentag im „Zu- und Auslands“, ebenfalls im „Karlsruher Tageblatt“, worin der Achtstundentag als Produktionschädling einer abfälligen Kritik unterzogen wird.

Ueber den Wert des Achtstundentages mit dem „Karlsruher Tageblatt“ zu streiten, wäre ein Verzicht am untauglichsten Objekt; aber feststellen wollen wir die Tendenz derartiger in bürgerlichen Kreisen systematisch erscheinender Stimmungsmachen, die weniger Wahrheit und Objektivität aufweisen, desto mehr aber Einseitigkeit und Verdrehung der Tatsachen. Man geht wohl nicht fehl, wenn man diese Sache auf das allbekannteste Kapitel: Bestellte Arbeit bucht.

Wie verhält es sich nun mit der Abschaffung des Achtstundentages im Leunawerk? Im Leunawerk sind 17 000 Arbeiter beschäftigt. Von diesen arbeiten ca. 3000 Arbeiter über die normale Arbeitszeit. Von 4000 Metallarbeitern z. B. arbeiten nur ein paar Reparaturschlosser über die Normalfrist. Daß in der letzten Zeit mehr Überarbeit verlangt wurde, hat seine

Ursache darin, weil infolge des Oppauer Unglücks ungefähr 1000 Arbeiter den Betrieb verlassen und dadurch ein momentaner Arbeitermangel eingetreten ist. Von der Betriebsleitung wurde versucht, Ersatzkräfte heranzuziehen. Es gelang das nicht, weil die Arbeiter keine Lust haben, sich den Einstellungsbedingungen (ein Führungszeugnis der zwei letzten Arbeitsstellen beizubringen) zu unterwerfen. Darunter fallen auch die Arbeiter, welche nach den Märzvorgängen nicht wieder eingestellt wurden.

Und nun die 56 Stundenwoche. Laut Reichstafel der chemischen Industrie bestand die 56 Stundenwoche seit Ende 1919. Nach und nach wurde die Arbeitszeit verfürzt, sodaß nur noch wenige Leute über die normale Arbeitszeit beschäftigt wurden. Auch die vorhin benannten Umstände griff die Firma wieder zur 56 Stundenwoche, was ihr durch den Reichstafel möglich war. Sie konnte das umso mehr, als durch die Märzvorgänge Verhältnisse eintraten, die der Organisation nicht gestatteten, die gebührenden Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Damit ist aber keineswegs der Achtstundentag beseitigt und wer, wie das „Karlsruher Tageblatt“ das behauptet, der handelt wider besseres Wissen, angelegt, um einer gewissen Richtung Vorparadise in der Bekämpfung des Achtstundentages zu leisten.

Wenn das „Karlsruher Tageblatt“ diese Vorparadise zu leisten für notwendig findet, so ist dies natürlich keine Sade. Daß aber Arbeitnehmer noch Abonnenten einer solchen Zeitung sind, die sich gegen den Achtstundentag wendet, ist für dieselben sehr besänftigend. Daß solche Leute eine Arbeiterrechte im Reibe haben, wird wohl niemanden behaupten wollen, denn sonst würden sie den Kampf gegen sich selbst nicht mit ihrem eigenen sauer verdienten Geld bestreiten. Etwas mehr Arbeiterchre und Arbeiterstolz wäre wahrscheinlich am Platze.

Badische Politik

Finanzminister Köhler über die Bad. Finanzen. In der von uns schon erwähnten Versammlung des lat. Männervereins St. Stephan sprach Finanzminister Köhler über die finanzielle Lage Badens und betonte dabei, daß die Finanzlage des bad. Staates eine durchaus geordnete sei. Das erste Finanzgesetz nach dem Kriege schloß sich zwar mit einem ordnungsmäßigen Abschluß von 187 Millionen ab; davon seien aber aus Übererschüssen der Vorjahre zur Deckung 102 Millionen vorhanden. Den Rest von 85 Millionen hofft der Minister aus den Ueberschüssen der Jahre 1920 und 1921 decken zu können. Er gab der Erwartung Ausdruck, ohne einen Pfennig Schulden im Etat 1920/21 abzuschließen. Hunderte Schulden habe das Land Baden überhaupt keine. Der Finanzminister legte dann die Schwierigkeiten dar, eine geordnete Finanzlage herbeizuführen. Im Budget 1914/15 betragen die ordentlichen Ausgaben 106 Millionen; im waren im Staatshaushalt 1920/21 auf 778 Millionen gestiegen. Der Aufwand für die Beamtenbeholdung war 1914/15 schon auf 83,2 Millionen Mark veranschlagt, während er vergleichsweise für dieselben Beamten 1920/21 255,6 Millionen beträgt. An sich eine gewaltige Steigerung und doch wird das Bild anders, wenn man berücksichtigt, daß es im Jahre 1914 Goldmark und 1920/21 Papiermark sind. Es ergibt sich dann nämlich, daß das Budget 1920/21, gemessen an den Verhältnissen der Papiermark zur Goldmark, wesentlich geringere Ausgaben aufweist. Weiter leitete der Finanzminister mit, daß seit dem November 1918 an Reichsnotepapier und Kriegsausgaben in Baden — natürlich für Rechnung des Reiches — der gewaltige Betrag von 1,2 Milliarden erhoben worden ist.

Verarbeitung von Müllensstoffen in Abfindungsöfenwerken nicht zugelassen. Nach einer Mitteilung des Reichsmonopolamts in Berlin wird die Verarbeitung von Müllensstoffen (Müllenschnitzel, Müllenschnitt, Müllenschnitt) im Betriebsjahr 1921/22 in Abfindungsöfenwerken nicht zugelassen werden. Das Landesfinanzamt warnt daher, Müllenschnitzel usw. zum Zwecke des heimlichen Abtrennens zu beschaffen, da die Entdeckung des verbreiten Abtrennens schwere Strafen und die Entziehung des Rechts, auf Abfindungsöfenwerken zu dürfen, nach sich zieht. — Bei dieser Gelegenheit wird auch darauf aufmerksam gemacht, daß die Verarbeitung von Syrup, Marmelade in Abfindungsöfenwerken und landwirtschaftlichen Abfindungsöfenwerken verboten ist und Zuwiderhandlungen die gleichen Folgen nach sich ziehen. Die Brenner werden deshalb vor dem Bezug dieser in Stellungungen und durch Verkaufende Häufig angebotenen Stoffe zur Vermeidung von Strafen gewarnt.

Das Studium für das Lehramt an den Gewerbeschulen. Im Reichsministerium der Volksbildung ist mitgeteilt, daß zufolge der Verfügung des Unterrichtsministeriums wohl erst von Oktober 1922 ab keine Aufnahmen mehr am Staatsstudium zur Heranzubildung der Gewerbeschullehrer stattfinden. Trotzdem kann aber von Kandidaten bereits diesen Herbst schon das Studium für das Lehramt an den Gewerbeschulen an der Technischen Hochschule in Karlsruhe durch Eintritt in die Architektur- oder Maschinenbauabteilung aufgenommen werden, da die Studienpläne für dieses Lehramt sich in den vier ersten Semestern dem Architektur- oder Maschinenbaustudium anschließen.

Der Wahlkampf

In Diebolderjammung in Hirschheim am Sonntag nachmittag war gut besucht. Das Referat des Genossen Hörter löste lebhaften Beifall aus. An der Diskussion beteiligten sich drei Genossen. Der Genosse Julius Burtler stellte die Frage: Warum die ehemaligen Volksbeauftragten den Kriegsverbrechen nicht auf den Leib gerückt haben? Ein anderer frug ihn, warum er es nicht selbst getan habe? Burtler antwortete: er kenne den Ludendorff nicht. Der dritte Diskussionsredner sprach über die Schwierigkeiten, welche die Organisationspalter der Partei in Hirschheim, besonders bei ihrer Tätigkeit in der Gemeinde, bereitet haben. In seinem Schlusswort wies Genosse Hörter darauf hin, wie schwer es sei, Kriegsverbrecher einwandfrei festzustellen, und welche Schwierigkeiten einzelnen Redakteuren daraus bereits erwachsen seien. Erzählt wird sehr viel, jedoch es jedoch daran gehen soll, Beweise anzutreten, dann hüfen die meisten der Erzähler zurück oder die Angaben erweisen sich als unrichtig. Außerdem hätten die Volksbeauftragten in der damaligen Situation andere Aufgaben zu erfüllen als sich um etwaige Kriegsverbrecher zu kümmern. Am Schlusse forderte der Vorsitzende zu lebhafter Agitation für die Parteiorganisation und die Parteipresse auf. Eine Tellerjammung ergab den Betrag von 80,70 M.

Burbach, 17. Okt. Die am Sonntag stattgefundene Wählerjammung war schwach besucht. Die überzeugenden eindringlichen Ausführungen des Referenten Gen. Schön-Karlruhe waren nicht imlande, einen Teil der Besucher vom Kartenspieltisch abzuhalten. Diejenigen Ortsbewohner, die bei der Wahl leicht für uns in Frage kommen, waren nach auswärts zur Kirchweih!!!

In Wiederbühl bei Rastatt fand abends 8 Uhr eine Versammlung statt, die gut besucht war. Referent war der Gen. Hörter aus Karlsruhe, dessen Ausführungen mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurden. An der Diskussion beteiligte sich nur die Genossin Zeller, die einen warmen Appell an die Frauen und Mädchen richtete und sie zu eifriger Agitation für die sozialdemokratische Partei aufforderte, denn nur dieser hätten sie die erhaltenden politischen Rechte zu danken. Ein Schlusswort ergriffte sich. Die Genossen in Wiederbühl setzen der Wahl mit großer Übersticht entgegen.

Elchesheim. Am Sonntag abend fand hier im „grünen Baum“ eine gutbesuchte Wählerjammung unserer Partei statt. Die Ausführungen des Referenten Gen. Sirelle aus Karlsruhe, sowie des Versammlungsleiters Gen. Gatz aus Durmersheim wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Ein kommunistischer Quartierbesuch wurde durch abberne Briefentwürfe die Versammlung zu fördern. Nach einer gründlichen Abrechnung durch den Referenten zog der moskowitzische Held es vor, französischen Absicht zu nehmen, anstatt in der Diskussion sein zünftiges Handwerk zu verloben. Die Diskussion war eine recht reger und bewegte sich im Sinne des Referats. Die Gründung eines Wahlvereins und ein schöner Betrag für den Wahlfond durch eine Tellerjammung konnten als Erfolg gebucht werden.

f. Staufenberg, 17. Okt. Die am 16. ds. Mts. stattgefundene Volksjammung war gut besucht. Genosse Dr. Kullmann-Karlruhe beleuchtete in fünfviertelstündiger Rede die gegenwärtige politische Lage, wobei er besonders mit den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei ins Gerate ging. Reichsterritorialführer die schwierige Aufgabe des kommenden Landtages vor Augen, wobei er betonte, daß nur eine starke Sozialdemokratie in der Lage ist, für das arbeitende Volk, Hand und Kopfsarbeit, Vorteile zu erringen. — In der Diskussion beteiligte sich ein Redner ein Loblied für die Anwachslagen zu singen. Er erhielt vom Referenten die richtige Antwort. Eine Tellerjammung ergab das schöne Resultat von 66 M. Mit einem Appell an die Anwesenden, auch bei dieser Wahl ihr Möglichstes zu tun, um wie bei vergangenen Wahlen, wieder als stärkste Partei am Ort zu marschieren, schloß der Vorsitzende Genosse Fieg die schon verlaufene Versammlung.

f. Gagsenau, 18. Okt. Die am Samstag, 15. Okt., in der „Post“ stattgefundene Wählerjammung, in der Gen. Hauptredner Haebler sprach, war gut besucht. Der Redner behandelte in äußerst sachlichen und prägnanten Ausführungen alle die Fragen, die unser Vaterland z. B. bewegen. Besonders interessant waren die Ausführungen über Religion und Schule; hier zeigte Gen. Haebler klar, daß nicht durch die Sozialdemokratie Religion und Schule in Gefahr ist, wie es vom Zentrum in allen Wahlplänen immer behauptet wird, um die Wähler irre zu führen, sondern daß diese Gefahr viel eher beim Zentrum eintreten würde, wenn es zur Herrschaft gelangen würde. Gerade das Zentrum habe am wichtigsten Veranlassung, mit diesen unwahren Behauptungen zu arbeiten; hat doch selbst Herr Dr. Schöfer, der bekannte Führer des badischen Zentrums, erklärt, daß sich die Religion noch nie freier habe auswirken können, wie dies gerade unter der stark sozialistisch durchgeführten Regierung der

Effehard

Eine Geschichte aus dem zehnten Jahrhundert von Joseph Victor von Scheffel (Fortsetzung.)

Pragedis zerleitete eine Pergamentrolle in kleine Blätter, 600 auf jedes Blatt zwei Striche, also, daß drei Abteilungen geschaffen wurden, um nach Effehards Vortrag jedes lateinische Wort einzutragen, daneben das deutsche, in die dritte Reihe das entsprechende griechisch. Letzteres war der Herrin Anordnung, ihm zu beweisen, daß die Frauen auch ohne seine Beihilfe schon löbliche Kenntnisse erworben.

So begann der Unterricht. Die Lüre von Effehards Gemach nach dem Gang h'n hatte Pragedis aufgespart. Er ging h'n und wollte sie zulkennen, die Terzogen aber hielt ihn zurück: Kenne: Ihr die Welt noch nicht?

Effehard wußte nicht, was das h'n in solle. „Setz los“ er ihnen das erste Buch von Virgilius Hekendichtung. Aeneas, der Troer, hub sich vor ihren Augen, wie ihn hundertjährige Irrfahrt umhergeschleudert auf dem Dreiecker Meer und wie es so unglücklicher Mühsal gekostet, das ärmlichen Volkes Gründer zu werden. Es kam der Horn der Juno, wie sie an Aeolus bittweise sich wendet und dem Geschützigen von Wind und Sturm die schönste ihrer Nymphen verspricht, wenn er der Troer Schiffe verderben wolle — Gewitter, Sturm, Schiffbruch, Verschellen der Meile, ringsum schwimmen umher sparjam in unendlicher Meeresflut Waffen des Krieges und Gebälk und tröstlicher Brunn durch die Brandung. Und der Wogen Gemurr dringt zu Reptinus hinunter, tief in Grund, er kommt emporgestiegen und schaut die Verwirrung, des Aeolus Winde jagt er mit Schimpf und Schande nach Hause, wie der Aufzug beim Wort des verdienten Mannes legt sich das Lob der Wäffer, an Libbens Küste landet der Schiffe Rest. . . .

Soweit hatte Effehard gelesen und erklärt. Seine Stimme war voll und töndend und klang ein wohlthuend Gefühl inneren Verständnisses durch. Es war spät geworden, die Lampe flackerte, da hub Frau Hadwig den Vortrag auf.

Wie gefällt meiner Herrin des heidnischen Poeten Erzählung? frug Effehard.

Ich will's Euch morgen sagen, sprach sie. Sie hätte es

auch schon heute sagen können, denn fest und bestimmt hand der Eindruck des Gelesenen ihrem Gemüte eingepägt, sie las aber nicht, um ihn nicht zu kränken. Lasset Euch das Gutes träumen, rief sie dem Weggehenden nach.

Effehard aber ging noch hinaus in des Ringentius Turmhöhe. Die war sauber hergerichtet, die letzte Spur vom Risten, der Leuben getilgt; er wollte sich sammeln zu stiller Betrachtung, wie ehemals im Kloster, aber sein Haupt war heiß, der jener Seele stand die hohe Gestalt der Terzogen, und wenn er sie recht ins Auge faßte, so schaute auch Pragedis' schwarzäugig Köpfelein über ihrer Herrin Schulter zu ihm herüber — was aus all dem noch werden soll? Er trat ans Fenster, eine kühle Herzhilf wehte ihm entgegen, ein dunkler ebener unendlicher Himmel spannte sich über das schweigende Land, die Sterne funkelten, nah fern, licht, matt; so groß hatte er das Himmelsgewölbe noch niemals erschaut — auf Vergess'pfeln ändert sich das Maß der Dinge — lang stand er so, da wards ihm unheimlich, als wollten ihn die Gestirne hinaufziehen zu sich, als sollt er leicht und geflügelt der Stube entweichen. . . . er schloß das Fenster, betrauerte sich und ging schlafen.

Des andern Tages kam Frau Hadwig mit Pragedis, der Grammatik zu pflegen. Sie hatte Wörter gelernt und Definitionen und wußte ihre Aufgabe. Aber sie schien zerstreut.

Habt Ihr etwas geträumt? frug sie den Lehrer, wie die Stunde abgelaufen war.

Nein. Gekenn auch nicht? Nein.

Ich hab's, es soll eine Vorbeutung in dem Regen, was einer in den ersten Tagen am neuen Wohnort träumt. . . .

Hört, fuhr sie nach einer Pause fort, seid Ihr nicht ein recht ungeheurer Mensch?

Ich? fuhr Effehard betroffen auf.

Ihr geht mit Dichtern um, warum habt Ihr nicht einen ammutigen Traum eronnen und mir erzählt; Dichtung ist so viel wie Traum, es häßt mir Freude gemacht.

Ihr bescheit, sprach Effehard, so Ihr mich wieder fraget, will ich einen Traum erzählen, auch wenn ich ihn nicht geträumt habe.

Solcherlei war für Effehard neu, unklar.

Ihr habt mir Eure Ansicht vom Virgilius gestern vortragen, sprach er.

Ja, so, sprach Frau Hadwig. Hört, wenn ich Herrin im Räderland gewesen, ich wuß nicht, ob ich nicht die Belange den Irannt und den Mann für immer schweigen gelassen hätte. . . .

Effehard sah sie starr verunwert an.

Es ist mein Ernst! fuhr sie fort. Wist Ihr warum? — weil er die Götter seines Landes schlecht macht. Ich hab' gute Nacht gehört, wie Ihr der Juno Neben geschrien vortragt. Des Herrn aller Götter Ehefrau — und trägt eine Wunde im Gemüt, daß ein tröstlicher Dintenlabbe sie nicht für die Schönste erklart, und ist nicht imlande, aus eigener Macht einen Sturm zu beschlehen, daß die paar Schiffe'n zertrümmert werden, und aus den Aeolus durch Antragung einer Nymphen verführen. . . . und Reptun will Herrscher der Meere sein und läßt sich von fremdem Gewind Sturm und Wetter in jem Reich blasen und merkt's erst, wie es spät vorbei ist — was ist all das für ein Wejen? Als Terzogen jag' ich Euch, in dem Reich, dessen Götter geschlehen werden, mach' ich den Zepier nicht führen.

Effehard schien um eine Antwort verlegen. Was das Altertum an Schriftwert überliefert, stand ihm da als ein festes, Unerschütterliches, wie altes Gebirg; er war zurieden, sich in Definitionen und Verständnis einzuarbeiten, — nun solche Zweifel lesen, es heißt zu hoffen, daß Euch die Menschen der Klend' besser gefallen. Wollt auch bedenken, daß zur Zeit, wo Augustus, der Kaiser, seine Untertanen aufzudehen ließ, das Reich der Welt zu Reichem zu Leuchten anhub; es geht die Sage, daß auch auf Virgilius ein Strahl davon gefallen, da mochten ihm die alten Götter nicht mehr groß sein. . . .

Frau Hadwig hatte gesprochen nach dem ersten Eindruck. Mit dem Lehrer freiten mochte sie nicht.

Pragedis, sprach sie scherzend, was ist deine Meinung? Mein Denken geht nicht so hoch, sprach die Griechin. Mir kam alles so natürlich vor, drum war mir's lieb. Und am besten hat mir gefallen, wie die Frau Juno ihrer Nymphen den Aeolus zum Gemächts verhasst; wenn er auch ein wenig all ist, so ist er doch ein König der Winde und sie ist gewißlich gut bei ihm verjorgt gewesen. . . .

(Fortsetzung folgt.)

Zu den Landtobden ruhige insbeson Bürgschädig für, die die Waff Notwend auch ein die Regio schlag an Sinficht badischen großen ausführt

Nach Selbstsch gegen ab demokrati demschän trumstrei haherische General maligen Karlruhe gefunden, sationen G Oberland von Birre ehemalige die Niederlung Deu Rodman u Berobotes ganisation Man habe Leute, die gend auf nen Verha wieder au habe, da a schlage s bracht sei Die Gattin an dem Ma oder drei Karlruhe worden.

aufgehoben menhang schiebungen Eine solche suchung ü werden Lö gische Regie löst habe, ohne von sei es, daß schiebungen führten, de wiesen und gen mies, zu dem Traffen sei

gener Rodder herger hab und die Ge geschäft all Deutschan Lauchon Grund der zum trieben

Aus die der Verlei für den S ein einfror Staat ist sich darau

Ein dol bezell. Z gierung sch besser gema Wählerchaf Eend verba bemüht, um deutsche mil „Die B ischleien“ f klären, wie s sozialistenzei Jahres bei deutsche Hof gekstet und

Koll ist. Di eindlich die Presse zu ad rei zu werbe Parze in die die Erlich gung uniere zrohem Weis Anderzent

s. Noter lundenen B in A n d r höher sprach Gen Landtag Begemort re den Anwa larke Beifall A n d e r s rage, indem lobten Deutl osstimen au Stimme zu

Zu den Landtagswahlen am 30. Oktober

Die Wählerereien der Reaktion

Zunehmend wächst das Interesse an den kommenden Landtagswahlen. Immer mehr gewinnt die Einsicht Boden, daß den Wahlen eine große Bedeutung für die ruhige Weiterentwicklung unseres Landes zukommt, wofür insbesondere eine starke sozialdemokratische Fraktion beste Bürgschaft ist. Denn nur die Sozialdemokratie garantiert dafür, daß endlich die Neigung der Reaktion zum Appell an die Waffengewalt und an den Bürgerkrieg gebrochen wird. Notwendig ist zur Beseitigung dieser Gefahr vor allem aber auch ein entscheidender Einfluß der Sozialdemokratie auf die Regierung, damit sie durch ihre Maßnahmen jeden Anschlag auf die Republik im Keime erstickt. Wie viel in dieser Hinsicht in letzter Zeit zu tun verblieb, zeigte eine Rede des badischen Ministers des Innern Gen. K e m m e l e in einer großen Versammlung in M a n n h e i m, worin dieser u. a. ausführte:

Auch in Baden seien die Versuche der Schaffung eines Selbstschutzes aufgegriffen, die badische Regierung habe sich dagegen ablehnend verhalten. Die klare Bahn, die die Sozialdemokratie in dieser Frage eingeschlagen, sei ihr nicht nur von deutschnationalen Kreisen verübelt worden, es habe auch Zentrumstreife gegeben, die dagegen waren, daß wir uns auf eine höhere politische Linie nicht einließen. Am 18. November 1920 sei General v. Watter nach Baden gekommen, gefolgt von ehemaligen Offizieren und jetzigen Fabrikanten; in Heidelberg, Karlsruhe und Freiburg hätten Geheimversammlungen stattgefunden, in denen über die Erfahrungen der Selbstschutzbewegungen gesprochen worden sei. Am 23. März 1921 sei man im Oberland Waffenverschiebungen auf die Spur gekommen, die von Württemberg herrührten. Der Waffentransport sei durch ehemalige Offiziere und jetzige Studenten befohlen worden und die Niederlage sei auf dem Gebiet erfolgt, das unter Verwaltung deutschnationaler Kreise, die Einweisung der Waffen von Baden und ihres Führers sei ja bekannt. Die Aufhebung des Verbotes der Schaffung von militärischen und politischen Organisationen sei den Deutschnationalen sehr gelegen gekommen. Man habe z. B. die Landesbesetzung in Höhe gebracht gegen die Leute, die den Waffenverschiebungen in der Oberkurpfälzischen Gegend auf die Spur gegangen seien. Die damals vorgekommenen Verhaftungen seien durch Verfügung des Oberlandesgerichts wieder aufgehoben worden, das sich auf den Standpunkt gestellt habe, da ein Nachweis, daß die Waffen zum Zweck eines Anschlages gegen die bestehende Ordnung dienen sollten, nicht erbracht sei, wäre keine Möglichkeit zum Einschreiten vorhanden. Die Haftbefehle seien aufgehoben worden am demselben Tage, an dem man in Heidelberg ein Bureau aufbaute, in dem zwei oder drei Offiziere für die Geheimorganisation arbeiteten. In Karlsruhe und Freiburg seien dann ähnliche Bureaus aufgedeckt worden. Die erfolgten Verhaftungen seien ebenfalls wieder aufgehoben worden, weil, wie es diesmal hieß, sich ein Zusammenhang zwischen den Geheim-Bureaus und den Waffenverschiebungen in Baden und Oberkurpfälzisch nicht nachweisen lasse. Eine solche Stellungnahme sei möglich gewesen, weil die Untersuchung über die Herkunft der Waffen nicht durchgeführt werden können und zwar deswegen nicht, weil die württembergische Regierung, in der keine Sozialdemokraten saßen, es abgelehnt habe, den Polizeipräsidenten von Stuttgart, der zweifelsohne von den Dingen wüßte, eidlich zu vernehmen. Auffällig sei es, daß die Spuren der über Stuttgart erfolgten Waffenverschiebungen nach Baden und Oberkurpfälzisch nach München führten, daß die aufgehobenen Geheim-Bureaus nach München wiesen und daß auch der Weg der Erzberger-Wörter nach München wies. In München hätten sich die Erzberger-Wörter bis zu dem Tage ausgehalten, wo badische Kriminalbeamte eingetroffen seien, um sie zu verhaften. Daß ein Berrat auf Münchener Boden sich abgepielt habe, sei klar. Dieser Berrat an Erzberger habe in weiteren Kreisen die Ernüchterung wachgerufen und die Gefahr der Reaktion werde heute doch ganz anders eingeschätzt als zuvor. Die Untersuchung habe ergeben, daß in Deutschland Geheimbünde beständen und die Feststellung dieser Tatsachen habe die verordnungsmäßige Möglichkeit gebracht, auf Grund deren man gegen Freigeister und Parteien, die es zu hantieren wüßten, vorgehen könne.

Aus diesen Mitteilungen erhellt man, welche Bedeutung der Beteiligung der Sozialdemokratie an der Regierung für den Schutze der Republik zukommt und wie notwendig ein entsprechender Einfluß der Sozialdemokratie für den Staat ist. Die Konsequenzen für die Wählererschaft ergeben sich daraus von selbst.

Ein deutschnationaler Verfälscher

Ein hohelohmes Flugblatt wird von den Deutschnationalen verteilt. In Form der allbekanntesten Hehe wird gegen die Regierung schärft gemacht, ohne daß jedoch erwähnt wird, wie es besser gemacht werden soll. Demgegenüber weiß jedoch die Wählererschaft wohl, daß es die Altschulischen sind, denen wir unser Geld verbanken und daß es die Republik ist, die mit Erfolg sich bemüht, aus dem Sumpf zu ziehen, in den uns die alldeutsche militärische Politik geführt hat.

Die Politik der Erfüllung hat versagt. Denkt an Oberkurpfälzisch! schreiben sie. Dabei hat die Politik der Nicht-Erfüllung, wie sie auf wildes Drängen der Deutschnationalen das sozialistische Kabinett Behrend-Simon im Frühjahr dieses Jahres bei den Londoner Verhandlungen präparierte, das deutsche Volk nach sachkundigem Urteil zehntausend Milliarden gekostet und ihm dazu die „Gewaltmaßnahmen im besten Ge-

halt ist. Dies dürfte am besten beweisen, wie wenig religions-eindlich die Sozialdemokratie ist. Mit einem Aufsatze, die soziale Frage zu abnormieren, zu lesen, Mitglied der sozialdem. Partei zu werden und am 30. Okt. den Stimmzettel der sozialdem. Partei in die Urne zu werfen und dadurch zu beweisen, daß wir die Ehre erwünscht sind, am Wiederanbau und an der Befestigung unseres Volkes mitzuwirken, endete Gen. Heubler sein mit großem Beifall aufgenommenes Referat. — Trotz Anwesenheit Anderer wurde keine Diskussion bestritten.

3. Kistenfeld, 17. Okt. Zu der am Sonntagabend stattgefundenen Wählerversammlung war Gen. Fischer und Genos. in Anders aus Karlsruhe als Referenten erschienen. Gen. Fischer sprach über die politische Lage im Reich und die badische Landtagswahl. Er behandelte dabei die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft in recht klaren Darlegungen. Das den Anwesenden aus dem Herzen gesprochen, bewies der große Beifall der gutbesuchten Versammlung. — Die Genosin in der 2. Wabstube sich insbesondere der Frauen- und Kinderfrage, indem sie auf die unheilbaren Zustände in den Großstädten Deutschlands hinwies. Sie forderte ihre Geschlechtsgefährten auf, am Wahltage nur der Sozialdemokratie ihre Stimme zu geben, nur diese sei zuverlässig in bezug auf die

„die Rheinbegrenzung und die Befehung von Düsseldorf ufm. — eingetragen, die der lügenhafte Aufzug der Mannheimer Deutschnationalen jetzt den Erfüllungspolitikern aufs Konto legt.“

Und Oberkurpfälzisch! — Wer trägt mehr und schlimmere Schuld an dem furchtbaren Saß, mit dem uns heute Polen gegenübersteht, und damit auch an der leidenschaftlichen Unversöhnlichkeit, mit der es bei seinen Verbündeten die Ausschaltung Deutschlands aus Oberkurpfälzisch betreibt, als gerade die deutschen Konservativen, deren Polenpolitik vor dem Kriege eine unausgesprochene Folge von Bedrückungen und Entrechtungen war? Was das republikanische Deutschland jetzt in Oberkurpfälzisch erntet, das sind die Folgen des furchtbaren Verbrechens, das das alte monarchisch-konservativ-junkertliche Deutschland an den Polen im Reich begangen hat.

Denkt daran, wie viel Unberufen sich in die Regierung und an die Staatskrippe drängen! — so mag dieselbe Partei weiter zu schreiben, die früher nahezu alle leitenden Stellen in der Reichsregierung, der Diplomatie und im Seere befestigt und damit Deutschland in das entsetzliche Elend hineintrug, in dem wir uns heute befinden. Wer anders, als die konservativen Chauvinisten, Kriegsheter, Anzeigianisten, Vaterlandsparteiler und U-Boots-Schwärmer sind es, die unsere militärischen Zusammenbruch verschuldet und uns dazu den furchtbaren Saß zugezogen haben, mit dem nahezu das gesamte Ausland das Deutschland des wilhelminischen Geistes verfolgt!

Ueber die Anhebung der rechtsstehenden Presse und die „Beschränkung der Versammlungs- und Abwehrfreiheit“ beklagt sich jetzt dieselbe konservativ-Pharisäer-Sippe, die, als sie selbst noch in der Nacht war, mittels Jesuiten- und Sozialistengesetzen jede anders gerichtete politische Meinung mit brutalster Gewalt niederhielt und Tausende und Abertausende der Besten des Volkes ins Gefängnis brachte, von Heimat und Herd vertrieben und in schwerste Not brachte! Ist jemals eine wertschätzende politische Heudelei dagewesen!

Und ist es nicht auch eine würdelose, nichts weniger als „deutsche“ Feigheit, wenn die konservativen Herrschaften, nachdem man jetzt in Baden und andernwärts ihre monarchistisch-konservativ-revolutionären Geheim-Organisationen aufgedeckt und ihre moralische Mißachtung an den politischen Reudelmorden der letzten Monate erwiesen hat, sich hinstellen und erklären, „jedes gesamtstaatliche Vorgehen zur Durchsetzung politischer Wünsche“ liege ihnen fern? Dabei standen sie im März 1920 mit Herz und Hand hinter dem Kapp-Putsch, und wenn sie diesen nicht weiter ausweiteten, so nur deshalb, weil die republikanischen Massen ihnen mit starker Hand den Weg dazu verperrten. Politische Fische, denen die Trauben von saurer schmecken, weil sie ihnen zu hoch hängen!

„Recht und Sinn für Ordnung“ wollen die deutschnationalen Herrschaften dem Volke wiedergeben. Dabei haben sie mit ihrem mehr als vierjährigen Krieg, dem berüchtigten „Eichhörnchen“, alle und jede Moral im Volke, jeden Respekt vor Leben und Eigentum systematisch untergraben und das Volk, wie sie es pöblich völlig heruntergewirtschafteten, so auch sittlich an den Rand des Zusammenbruchs gebracht. Umgekehrt ungefähr liegt die Wahrheit. Das neue, republikanische Deutschland hat jetzt die fast übermenschliche Aufgabe, den Augiasstall der politischen und gesellschaftlichen Unmoral zu reinigen, den ihm die „glorreiche“ Zeit der konservativen Wilhelminier hinterlassen hat.

„Denkt an unser Finanzelend!“ — ruft das übliche Machtwort der konservativ-schichtlichen Heuchler den Wählern zu. Jawohl, Wählerinnen und Wähler, denkt an unser Finanzelend! Und erinnert euch daran, daß dieses Finanzelend daher rührt, daß der große Besitz in Stadt und Land, der wohl zur deutschnationalen, kaum aber zur sozialistischen Fraktion schwärzt, in erster Linie an diesem Finanzelend schuld ist, weil er sich von allen Steuern brückt und das Zahlen denen überläßt, denen der Finanzamtmann mit dem Prozentsigen Lohn- und Gehaltsabzug so hequem und leicht beikommt, indes die großen Geldbäse in Stadt und Land sich mit bestem Erfolg vor ihm zu verbergen bestreben.

So sieht die „deutsche“, so die „nationale“ Politik der weiland konservativen Schwindbestima aus! Was Wunder, daß sie den Klassenkampf verpönt und gegen jede Sozialisierung wettert! Und kein Wunder auch, daß sie sich antikommunistisch gebärdet im selben Atemzug, in dem ihr mit bitter Salbungsfülle Worte der „Verständlichkeit“ von der „christlichen“ Zunge fließen! Es hätte noch ein Strich zum Wilde der inneren Unwahrschaffigkeit der „Deutschnationalen“ Partei gefehlt, wenn ihr badisches Häuflein nicht gegen die Juden hetzte, nachdem ihr oberster Chef in Berlin vor kurzem gegen so niedlichen Vorkämpfer um Propagandagelder an einen großen — jüdischen Bankier in der Reichshauptstadt geschrieben hat.

Wächung! Augen auf!

Der von uns bereits besprochene Leitartikel der „Neuen Züricher Zeitung“ wirkt auch eine knappe Verperspektive auf die kommende Landtagswahl, wobei insbesondere auch in folgenden Worten auf die Gefahr einer überparteilichen Koalition hingewiesen wird:

Gleichberechtigung der Frau im wirtschaftlichen und politischen Leben. Ohne eine starke Sozialdemokratie könne die soziale Frage nicht gelöst werden. Auch sie fand den einmütigen Beifall der Versammlung. Die sich anschließende Diskussion, an der sich auch der Gen. D i e r m a n n beteiligte, bewegte sich im Sinne der Referenten. Die Versammlung wurde vom Vorsitzenden Gen. B e n z geschlossen mit der Versicherung, daß die Arbeitererschaft des Bezirks stramm zur Sozialdemokratie stehen werde. Die Versammlung ist als schöner Auftakt zum Wahlschnee zu bezeichnen.

2. Silberthal, 17. Okt. In der am letzten Samstagabend stattgefundenen öffentlichen Wählerversammlung referierte Genosse Stadtrat F i s c h e r -K a r l s r u h e über die politische Lage im Reich und die bevorstehenden Landtagswahlen. Seine Ausführungen fanden den lebhaftesten Beifall der Versammlung. Diskussion wurde nicht beliebt; die schon verlaufene Versammlung wurde vom Vorsitzenden mit dem Hinweis auf eine lebhafte Agitation für den „Volksfreund“ und unsere Partei geschlossen.

Au a. N. Die am Sonntag nachmittag in „Oßfen“ stattgefundenen Wählerversammlung war den örtlichen Verhältnissen entsprechend gut besucht. Das Referat des Genossen S t r e i t-

„Das Zentrum, schon bisher die stärkste Fraktion des Landtages, in dessen Nähe aber immerhin die Sozialdemokraten kamen, wird seine Macht noch verstärken. Es würde dann in der Lage sein, als einzige große Partei nach allen Seiten eine Mehrheit zu bilden; nach links oder nach rechts. Die demokratische Richtung, die heute im badischen Zentrum maßgebend ist, schießt das letztere wohl aus. Aber die Möglichkeit einer solchen Mehrheitsbildung würde immerhin bestehen. Jedenfalls wird die Machtstellung des Zentrums in Baden noch größer werden als bisher.“

Diese Mahnung dürfte weitgehender Beherzigung wert sein. Die Wähler haben deshalb alle Ursache, durch Verstärkung der sozialdemokratischen Fraktion diese Gefahr auszuschließen.

Ein Tribunal in Bretten

Die „Badische Post“ und eine Anzahl anderer bürgerlicher Organe beschäftigen sich mit einem Intermezzo, das sich in einer in Bretten am 8. Oktober ds. Js. stattgefundenen von der Sozialdemokratie einberufenen Wahlerversammlung zwischen dem Gendarmen Kreuzwieser und dem Referenten, dem Gen. Minister Kemmelle, abgepielt hat. Ein Kommunist, Schid aus Forzheim, hatte gegen die Regierung den Vorwurf erhoben, sie habe nichts gegen die Verschlebung von Geld und Sachwerten über die Schweizergrenze getan. Wie hier so sei auch die Mitarbeit im Parlament völlig zwecklos; er fordere die Versammlung auf, sich an der Wahl nicht zu beteiligen. In seinem Schlusswort bedachte nun Genosse Kemmelle, wie selbst die bürgerliche Presse meint, diesen eigenartigen Vorkämpfer Heiligen kräftig zu. Hinsichtlich der Frage des Grenzschutzes zeigte Kemmelle auseinander, wie eben die Menschen nach dem Krieg nicht mehr auf derselben moralischen Höhe wie vor dem Krieg standen. Durch die vielen Neueinstellungen von Grenzbeamten seien eben viele für diesen Beruf nicht taugliche Männer in Dienst gekommen, von denen sich eine nicht geringe Zahl an der ganzen Reichsgrenze entlang wegen Bestechung haben vor Gericht verantworten müssen. Unter solchen Verhältnissen war es den Berufsamtigen Schieberr ein Leichtes, die Geheke zu misshandeln und ihre Beute über die Grenze zu bringen.

Bei der Darlegung über die gesunkene Moral vieler vom Krieg zurückgekehrter Männer machte der Gendarm Kreuzwieser in heftiger Erregung den Zwischenruf: „Rücker, Hagenstich“, worauf Kemmelle sofort schlagfertig die Frage stellte, ob etwa mit dieser Bemerkung die persönliche Ehrenhaftigkeit des früheren Ministers Rücker gemeint gewesen sei. Der so gestellte Gendarm meinte darauf, schon vor 2 Jahren habe der Minister in einer Versammlung zu Bretten die Behauptung aufgestellt, es sei oft notwendig, hinter einen Gendarmen einen zweiten als Kontrolleur zu stellen. Auch diese den Zwischenruf einschneidende Erklärung wurde von Kemmelle nachdrücklich zurückgewiesen, indem er die Versammlung zum Herrschen dafür aufrief, daß er weder heute wie vor 2 Jahren irgend einen Beamtenstand verantwortlich gemacht habe, für die unsauberen Elemente, die nach dem Zusammenbruch in der Beamtenhaft Eingang finden konnten. Vor 2 Jahren hatte sich der Minister in Bretten in einer Auseinandersetzung allerdings auszuführen erlaubt, daß bei manch einem Gendarmenbeamten hinsichtlich seiner Pflichterfüllung in der Befolgung der kriegswirtschaftlichen Vorschriften und in der Bekämpfung des Schleichhandels es notwendig war, einen zweiten Beamten als Kontrolleur hinter sich zu wissen. Auch diese Bemerkung, die übrigens im Tone einer wichtigen Erläuterung der Schwierigkeiten bei der Durchführung der kriegswirtschaftlichen Aufgaben gemacht gewesen war, trug natürlich keinen Vorwurf gegen das Gendarmenkorps als Ganzes in sich. Im Landtag, wo Kemmelle auch verschiedentlich über diese Erscheinung unserer Zeit zu sprechen hatte, hob er öfters hervor, wie eben die Sünden einzelner Beamten die Wirkung haben, das Ansehen der Beamenschaft im allgemeinen zu schädigen. Aus diesen Gründen ist ja von ihm auch die intensive Aufnahme des Unterrichtsbetriebs bei der Gendarmerei und Polizei vertreten worden.

An diesem Brettenen Zwischenfall hat übrigens die reaktionäre Presse einen schlagenden Beweis, daß jetzt im Volkshaar auch der Gendarmenbeamte außerhalb seines Dienstes eine politische Meinung bekunden darf. Was aber wäre mit dem Gendarmen Kreuzwieser passiert, wenn er etwa dem früheren Großherzoglichen Minister von Bodman: auch so wie dem Volksminister Kemmelle in einer Versammlung entgegengetreten sein würde?

Das Zentrum in der Klemme

Das Zentrum ist diesmal im Kampfe gegen die Sozialdemokratie arg in der Klemme. Die alten Erträge gegen die Sozialdemokratie verfangen nicht mehr, nachdem beide Parteien gemeinsam am Aufbau Deutschlands arbeiten, wobei allerdings das Zentrum vielfach behindert wird durch seinen zum Feudalkapitalismus und Agrarierturn neigenden rechten Flügel. Um nun der Sozialdemokratie doch etwas anhängen zu können, veröffentlichen die „Badische Beobachter“ allerlei Alarmmeldungen über die von seiten der Unabhängigen Sozialdemokratie in Bewegung gesetzte „rote Schulwoche“ in Neutulla, worauf dann auf Grund der Demonstration der Unabhängigen über die gesamte Sozialdemokratie hergezogen wird: eine sehr durchsichtige Demagogie, die jedoch beweist, wie sehr das Zentrum in der Klemme ist.

Gerichtszeitung

Schwurgericht Karlsruhe

In der 7. und letzten Schwurgerichtsitzung hatte sich der 34jährige Kriminalassistent Franziskus R u d i t z aus Roth in Württemberg wegen

Untersuchungsakten und Münzverbrechen

zu verantworten. Den Vorsitz führte Landgerichtsdirektor Dr. L u k. — Am 20. Mai ds. Js. hatte der in Forzheim wohnende Angeklagte den Auftrag, mit anderen Kollegen bei Falschmünzern Hausdurchsuchung abzuhalten. Der Angeklagte bestritt, wie es ihm die Anklage vorwirft, bei dieser Hausdurchsuchung von den

Wirtschaftspolitische Rundschau

Die Ernte an Brotgetreide — Unsere Ernährungsbasis ungünstig — Ansprüche an den Kapitalmarkt — Ueberführung der Eisenbahnen in die Privatwirtschaft

Die Versorgung des heimischen Marktes mit Brotgetreide vollzieht sich in diesem Jahre unter verhältnismäßig günstigen Umständen. Die Ernteschätzung ergibt, daß mit einem Ertrag an Brotgetreide von 9,4 Millionen Tonnen gerechnet werden kann gegenüber 7,4 Millionen Tonnen im Vorjahre. Auch der Ertrag an Futtermitteln ist insgesamt gegenüber dem Vorjahre erheblich höher. Man schätzt mit einem Ertrag von 8,7 Millionen Tonnen gegenüber 5,9 Millionen Tonnen im Jahre vorher.

Die Reichsgetreidekasse kann berichten, daß sie die erste Quote der Zwangsablieferung ohne besondere Schwierigkeiten hereinbekommen hat, und die Hoffnung besteht, daß auch der Rest gedeckt werden kann. Wir würden damit aus der Zwangsablieferung die 2,5 Millionen Tonnen hereinbekommen, müßten allerdings zur Deckung des Brotverbrauchs noch weitere 2 Millionen Tonnen hereinholen. Es ist das der Teil unseres Brotverbrauchs, der uns durch die Brotkarte sicher gestellt werden soll. Die Zusammenstellung des Erntertrags und des Verbrauchs ergibt, wenn man die Ausfuhr und den Mehroertrag in der Landwirtschaft berücksichtigt, daß es möglich sein müßte, den Anteil, der durch die Zwangsablieferung der Bevölkerung zugewiesen wird, aus dem inländischen Ertrag zu decken. Es trägt sich nun, ob die Reichsgetreidekasse diesen Weg beschreitet, oder ob sie sich schematisch an ihre Aufgabe hält, im Ausland das Getreide einzukaufen zur Deckung des inländischen Bedarfs. Im Hinblick auf die relativ gute Ernte zeigt sich zunächst, wie verfehlt der Beschluß des Reichsrats war, der auf Anträge der bayerischen Regierung gefaßt wurde, die Zwangsablieferung von Brotgetreide von 3 1/2 Millionen Tonnen um 1 Million zu kürzen. Die Regierung hatte in ihrer Vorlage die Anforderung von 3,5 Millionen gestellt. Sie wäre bei der Erfüllung dieses Anspruchs nur zur Deckung eines Fehlbetrags von 1 Million genötigt. Zu berücksichtigen ist dabei, daß im laufenden Etat noch immer 3,7 Milliarden Mark zur Senkung der Brotpreise eingestellt sind. Dieser Betrag würde sich nun erheblich mindern, wenn Deckung und Ankauf des Bedarfs aus der heimischen Ernte erfolgte.

Weniger günstig als die Ernteschätzung des Brotgetreides gestaltet sich die für Kartoffeln; zwar sind die anfänglich sehr trübenden Aussichten gegenüber einer etwas günstigeren Wertung zurückgetreten. Nach amtlichen Ernteschätzungen nimmt man an, daß ungefähr 80 Proz. der Ernte des Vorjahres in diesem Jahre erreicht wird. Das würde bedeuten, daß wir mit einer erheblichen Einfuhr von Kartoffeln zu rechnen hätten, wenn in gleicher Weise die Versorgung wie im Vorjahre stattfinden soll.

Die Marktlage für Kartoffeln gestaltet sich in den letzten Wochen besonders ungünstig. Die Preise treiben andauernd in die Höhe. Es ist zu befürchten, daß im Winter die Preise noch höher von ihnen innegehabte Majorität zu halten. Aufgabe der freizugewählten Arbeiterschaft ist es nun, da mit der Situation eingestiegen, was es am meisten notwendig ist und insbesondere die Arbeiterinnen kostenlos für unsere Organisationen zu gewinnen suchen.

Die Verengung des heimischen Marktes mit Brotgetreide vollzieht sich in diesem Jahre unter verhältnismäßig günstigen Umständen. Die Ernteschätzung ergibt, daß mit einem Ertrag an Brotgetreide von 9,4 Millionen Tonnen gerechnet werden kann gegenüber 7,4 Millionen Tonnen im Vorjahre. Auch der Ertrag an Futtermitteln ist insgesamt gegenüber dem Vorjahre erheblich höher. Man schätzt mit einem Ertrag von 8,7 Millionen Tonnen gegenüber 5,9 Millionen Tonnen im Jahre vorher.

Die Reichsgetreidekasse kann berichten, daß sie die erste Quote der Zwangsablieferung ohne besondere Schwierigkeiten hereinbekommen hat, und die Hoffnung besteht, daß auch der Rest gedeckt werden kann. Wir würden damit aus der Zwangsablieferung die 2,5 Millionen Tonnen hereinbekommen, müßten allerdings zur Deckung des Brotverbrauchs noch weitere 2 Millionen Tonnen hereinholen. Es ist das der Teil unseres Brotverbrauchs, der uns durch die Brotkarte sicher gestellt werden soll. Die Zusammenstellung des Erntertrags und des Verbrauchs ergibt, wenn man die Ausfuhr und den Mehroertrag in der Landwirtschaft berücksichtigt, daß es möglich sein müßte, den Anteil, der durch die Zwangsablieferung der Bevölkerung zugewiesen wird, aus dem inländischen Ertrag zu decken. Es trägt sich nun, ob die Reichsgetreidekasse diesen Weg beschreitet, oder ob sie sich schematisch an ihre Aufgabe hält, im Ausland das Getreide einzukaufen zur Deckung des inländischen Bedarfs. Im Hinblick auf die relativ gute Ernte zeigt sich zunächst, wie verfehlt der Beschluß des Reichsrats war, der auf Anträge der bayerischen Regierung gefaßt wurde, die Zwangsablieferung von Brotgetreide von 3 1/2 Millionen Tonnen um 1 Million zu kürzen. Die Regierung hatte in ihrer Vorlage die Anforderung von 3,5 Millionen gestellt. Sie wäre bei der Erfüllung dieses Anspruchs nur zur Deckung eines Fehlbetrags von 1 Million genötigt. Zu berücksichtigen ist dabei, daß im laufenden Etat noch immer 3,7 Milliarden Mark zur Senkung der Brotpreise eingestellt sind. Dieser Betrag würde sich nun erheblich mindern, wenn Deckung und Ankauf des Bedarfs aus der heimischen Ernte erfolgte.

Weniger günstig als die Ernteschätzung des Brotgetreides gestaltet sich die für Kartoffeln; zwar sind die anfänglich sehr trübenden Aussichten gegenüber einer etwas günstigeren Wertung zurückgetreten. Nach amtlichen Ernteschätzungen nimmt man an, daß ungefähr 80 Proz. der Ernte des Vorjahres in diesem Jahre erreicht wird. Das würde bedeuten, daß wir mit einer erheblichen Einfuhr von Kartoffeln zu rechnen hätten, wenn in gleicher Weise die Versorgung wie im Vorjahre stattfinden soll.

Die Marktlage für Kartoffeln gestaltet sich in den letzten Wochen besonders ungünstig. Die Preise treiben andauernd in die Höhe. Es ist zu befürchten, daß im Winter die Preise noch höher von ihnen innegehabte Majorität zu halten. Aufgabe der freizugewählten Arbeiterschaft ist es nun, da mit der Situation eingestiegen, was es am meisten notwendig ist und insbesondere die Arbeiterinnen kostenlos für unsere Organisationen zu gewinnen suchen.

Die Inanspruchnahme des Kapitalmarktes, veranlaßt durch Neugründungen oder Kapitalserhöhungen der Aktiengesellschaften, zeigt für den Monat September wieder eine Aufwärtsbewegung. Während im August die Anforderungen sich auf 1,2 Milliarden Mark; in den ersten drei Quartalen ist eine Aufwendung von 15,8 Milliarden zu verzeichnen.

Seit Wochen ist von einer sehr einflussreichen Finanz- und Industriegruppe ein ganz systematischer Vorstoß unternommen worden, die Reichseisenbahn in Privatbetrieb überzuleiten. Für diese Vorhaben wird geltend gemacht, daß die großen Zuschüsse, die heute die Eisenbahnverwaltung erfordert, in einem Privatbetrieb unmöglich seien. Diese Behauptung entbehrt jeder Grundlage. Wir haben gegenwärtig in Deutschland neben den Staatsbahnen noch ein ziemlich umfangreiches Netz von Kleinbahnen, die sich in privatem Besitz befinden. Alle diese Unternehmungen sind wohl rechtlich als selbständige zu bezeichnen. Es ist ihnen nicht möglich, ihre Betriebe auf eine gesunde Grundlage zu stellen, und wiederholt ist die Reichsregierung darum angegangen worden, diese Unternehmungen finanziell zu stützen. Mit Recht macht der Staatssekretär Stiermer geltend, daß die Reichseisenbahnverwaltung eine solche Unternehmung nicht sein darf. Die Reichseisenbahnverwaltung ist eine öffentliche Verwaltung, die die Eisenbahnverkehrsleistungen zu leisten hat. Sie ist nicht als ein Unternehmen zu bezeichnen, das sich auf dem freien Markt behaupten muß. Die Reichseisenbahnverwaltung ist eine öffentliche Verwaltung, die die Eisenbahnverkehrsleistungen zu leisten hat. Sie ist nicht als ein Unternehmen zu bezeichnen, das sich auf dem freien Markt behaupten muß.

Die Inanspruchnahme des Kapitalmarktes, veranlaßt durch Neugründungen oder Kapitalserhöhungen der Aktiengesellschaften, zeigt für den Monat September wieder eine Aufwärtsbewegung. Während im August die Anforderungen sich auf 1,2 Milliarden Mark; in den ersten drei Quartalen ist eine Aufwendung von 15,8 Milliarden zu verzeichnen.

Seit Wochen ist von einer sehr einflussreichen Finanz- und Industriegruppe ein ganz systematischer Vorstoß unternommen worden, die Reichseisenbahn in Privatbetrieb überzuleiten. Für diese Vorhaben wird geltend gemacht, daß die großen Zuschüsse, die heute die Eisenbahnverwaltung erfordert, in einem Privatbetrieb unmöglich seien. Diese Behauptung entbehrt jeder Grundlage. Wir haben gegenwärtig in Deutschland neben den Staatsbahnen noch ein ziemlich umfangreiches Netz von Kleinbahnen, die sich in privatem Besitz befinden. Alle diese Unternehmungen sind wohl rechtlich als selbständige zu bezeichnen. Es ist ihnen nicht möglich, ihre Betriebe auf eine gesunde Grundlage zu stellen, und wiederholt ist die Reichsregierung darum angegangen worden, diese Unternehmungen finanziell zu stützen. Mit Recht macht der Staatssekretär Stiermer geltend, daß die Reichseisenbahnverwaltung eine solche Unternehmung nicht sein darf. Die Reichseisenbahnverwaltung ist eine öffentliche Verwaltung, die die Eisenbahnverkehrsleistungen zu leisten hat. Sie ist nicht als ein Unternehmen zu bezeichnen, das sich auf dem freien Markt behaupten muß.

Die Inanspruchnahme des Kapitalmarktes, veranlaßt durch Neugründungen oder Kapitalserhöhungen der Aktiengesellschaften, zeigt für den Monat September wieder eine Aufwärtsbewegung. Während im August die Anforderungen sich auf 1,2 Milliarden Mark; in den ersten drei Quartalen ist eine Aufwendung von 15,8 Milliarden zu verzeichnen.

Seit Wochen ist von einer sehr einflussreichen Finanz- und Industriegruppe ein ganz systematischer Vorstoß unternommen worden, die Reichseisenbahn in Privatbetrieb überzuleiten. Für diese Vorhaben wird geltend gemacht, daß die großen Zuschüsse, die heute die Eisenbahnverwaltung erfordert, in einem Privatbetrieb unmöglich seien. Diese Behauptung entbehrt jeder Grundlage. Wir haben gegenwärtig in Deutschland neben den Staatsbahnen noch ein ziemlich umfangreiches Netz von Kleinbahnen, die sich in privatem Besitz befinden. Alle diese Unternehmungen sind wohl rechtlich als selbständige zu bezeichnen. Es ist ihnen nicht möglich, ihre Betriebe auf eine gesunde Grundlage zu stellen, und wiederholt ist die Reichsregierung darum angegangen worden, diese Unternehmungen finanziell zu stützen. Mit Recht macht der Staatssekretär Stiermer geltend, daß die Reichseisenbahnverwaltung eine solche Unternehmung nicht sein darf. Die Reichseisenbahnverwaltung ist eine öffentliche Verwaltung, die die Eisenbahnverkehrsleistungen zu leisten hat. Sie ist nicht als ein Unternehmen zu bezeichnen, das sich auf dem freien Markt behaupten muß.

Soziale Rundschau

Ein Sieg der freien Gewerkschaften in Offenburg

Krankenkassenwahl. Bei der am Sonntag stattgefundenen Wahl zum Ausschuss der Ortskrankenkasse Offenburg-Stadt wurden für die Liste der freien Gewerkschaften 559 männliche und 215 weibliche, zusammen 774 Stimmen abgegeben. Die Liste des Christlich-nationalen Reichsausschusses erhielt 291 männliche und 428 weibliche, zusammen 719 Stimmen. Die Wahlbeteiligung betrug etwa 45 Prozent. Die Liste der freien Gewerkschaften erhält 16, die der Christlichen 14 Sitze.

Bei der letzten Wahl im Jahre 1913 erhielt die christliche Liste 68, die der freigewerkschaftlichen 32 Prozent der Stimmen. Die freizugewählte Arbeiterschaft Offenburgs kann auf das Ergebnis der jetzigen Wahl stolz sein, umso mehr als von christlicher Seite alle Hebel in Bewegung gesetzt wurden, um die

Kleine badische Chronik

Heidelberg, 15. Okt. Die Bauarbeiten am Redaktionsgebäude des Heibelberges A. Nach. zufolge nunmehr erledigt im November bei Heibelberg in größerem Umfang beginnen. Zunächst kommt der Bau der großen Stautiefe zwischen der neuen Straße hier und Badenurg sowie die Anlage eines Krankenhauses in Betracht. Zwei sollen etwa 100 Arbeiter eingestellt werden, deren Zahl sich aber im Laufe der Monate steigern wird.

Mannheim, 17. Okt. Die Staatsanwaltschaft hat an die Reichsregierung ein Schreiben gerichtet, in dem ausgeführt wird, daß die jetzigen Gelehrten, die die vom Bürgermeisterrat beauftragten Preise nicht einhalten und mehr fordern, wegen Preisverhörs zur Verantwortung gezogen werden.

Freiburg, 15. Okt. Schamlose Preissteigerung wird, wie der Polizeibericht berichtet, zur Zeit durch gewillkürte Händler beim Kartoffelgeschäft betrieben. Es ist vorgelommen,

die Inanspruchnahme des Kapitalmarktes, veranlaßt durch Neugründungen oder Kapitalserhöhungen der Aktiengesellschaften, zeigt für den Monat September wieder eine Aufwärtsbewegung. Während im August die Anforderungen sich auf 1,2 Milliarden Mark; in den ersten drei Quartalen ist eine Aufwendung von 15,8 Milliarden zu verzeichnen.

Seit Wochen ist von einer sehr einflussreichen Finanz- und Industriegruppe ein ganz systematischer Vorstoß unternommen worden, die Reichseisenbahn in Privatbetrieb überzuleiten. Für diese Vorhaben wird geltend gemacht, daß die großen Zuschüsse, die heute die Eisenbahnverwaltung erfordert, in einem Privatbetrieb unmöglich seien. Diese Behauptung entbehrt jeder Grundlage. Wir haben gegenwärtig in Deutschland neben den Staatsbahnen noch ein ziemlich umfangreiches Netz von Kleinbahnen, die sich in privatem Besitz befinden. Alle diese Unternehmungen sind wohl rechtlich als selbständige zu bezeichnen. Es ist ihnen nicht möglich, ihre Betriebe auf eine gesunde Grundlage zu stellen, und wiederholt ist die Reichsregierung darum angegangen worden, diese Unternehmungen finanziell zu stützen. Mit Recht macht der Staatssekretär Stiermer geltend, daß die Reichseisenbahnverwaltung eine solche Unternehmung nicht sein darf. Die Reichseisenbahnverwaltung ist eine öffentliche Verwaltung, die die Eisenbahnverkehrsleistungen zu leisten hat. Sie ist nicht als ein Unternehmen zu bezeichnen, das sich auf dem freien Markt behaupten muß.

Sinner

Backpulver

Liköre

Para, Curaçao,
Cherry-Brandy,
Vivat (aliprensch.)
Kognak

die allgemein beliebten

Qualitäts-Marken!

Ein preussischer Gamagshenkopf

General v. Wisberg über Deutschlands Niederlage und „Der Weg zur Revolution“
Von Georg Schöpflin

Sieht man von dem Zitatmaterial und von den Anlagen ab, die das Buch enthält und die von Wisbergs ehemaligen Adjutanten, dem Major und jetzigen Regierungsrat (!) Mertens bearbeitet worden sind, so stellt der Inhalt des Buches nichts als eine Hetzerei gegen die Sozialdemokratie dar, mit der neben wackeren Eigenlob eine aufdringliche Empfehlung bei allen Monarchisten und Reaktionen verbunden ist. Darum dient v. Wisberg in dem Buche auch vor Wilhelm II. und präsentiert diesen Unjamm:

„Der monarchische Gedanke bewies seine Lebenskraft und Wirkung so handgreiflich, daß diese Republikaner auf Parteibefehl“ (nämlich wie Sozialisten) sich dem Eindruck unmöglich entziehen konnten...

Die Tatsache, daß Wilhelm II. als Deserteur im Hause Doorn in Holland sitzt, der Sozialdemokrat Ebert aber deutscher Reichspräsident ist, und die weitere Tatsache, daß das von der Monarchie ge- und verführte Deutschland in eine furchtbare Katastrophe hineingetaumelt ist, beweist allerdings schlagend die Lebenskraft und die Wirkung des monarchischen Gedankens... Man kann füglich darüber staunen, wie viel Unjamm so ein preussischer Gamagshenkopf in einem einzigen Satze unterzubringen vermag. Wisberg versucht den dummdreistesten Schwindel mit dem „Dolchstoß von hinten“ erneut zu beleben. Um sich den Monarchisten und Putschisten für etwa eintretenden Bedarf angelegentlichst in empfehlende Erinnerung zu bringen, widmet Wisberg einen großen Teil des Raumes dem Nachweis, daß er unermüdet versucht habe während des Krieges, durch eine großzügige Propaganda die Hurra Stimmung zu heben, was aber an den schlappen Ziblonen gescheitert sei. Aber vielleicht einen noch besseren Eindruck auf staatsfeindlichste Monarchisten und ähnliche liebe Zeitgenossen, wird der in dem Buche mit Erfolg geführte Nachweis machen, daß Wisberg kein Mittel unversucht gelassen und keine Mühe gescheut hat, die Reichsregierung und die oberen militärischen Kommandostellen gegen die Arbeiter wie gegen die Soldaten im Felde und in der Heimat stark zu machen. Auf die Oberste Heeresleitung wie auf die verschiedensten Reichsämter und Kommandostellen hat Wisberg in Wort und Schrift einguirtelt, daß sie gegen

jede oppositionelle Regung vorgehen sollen. Wie Bismarck am Ablauf des Sozialistengesetzes den verbrecherischen Plan hegte, die sozialistische Bewegung in Blut und Tränen erlöschend zu wollen, so propagierte Wisberg den Gedanken, inmitten des Krieges eine Auseinandersetzung mit der Sozialdemokratie herbeizuführen. Natürlich eine Auseinandersetzung, die mit dem Mitteln von der Regierung geführt werden sollte, die allein einem echt preussischen Gamagshenkopf nur vorzuziehen können. Wisberg empfiehlt sich also den deutschen Reaktionen als der starke Mann, der ihnen bisher gefehlt hat. Und das er nicht nur stark, sondern auch verdammt gesteiht ist, das hebt er für seine eigene Person wiederholt und mit allem Nachdruck hervor.

Besonders interessant war für mich bei der Wisbergschen Lesüre, daß der Herr nicht genug hängen kann über die Kapazitäten, die die Abgeordneten in Bezug auf die Behandlung und die Verpflegung der Mannschaften im Felde und in den Garnisonen während des Krieges dargebracht haben. Durch seine Stellung im Kriegsministerium war Wisberg der Mittelsmann zwischen dem Parlament, dem Kriegsminister und der Obersten Heeresleitung für alle, das Wohl und Wehe der Mannschaften berührenden Fragen. Aus dem Inhalte des Wisbergschen Buches habe ich die Uebersetzung gewonnen, daß der Mann statt seine wichtige Stellung im Interesse der Mannschaften, damit auch im Interesse des Heeres und des gesamten Landes zu benutzen, systematisch es mit verhindert hat, daß den von uns Abgeordneten in unheimlicher Fülle vorgebrachten Klagen ernstlich und ernstlich nachgegangen worden ist. Denn ein Mann, der mit dem Kopfe und mit dem Herzen dabei gewesen wäre, die oftmals ständischen Mißstände beseitigen zu helfen, hätte unmöglich so schreiben und sich so äußern können, wie es Wisberg in seinem Buche tut.

Kollegen gegenüber, die mit mir in militärischen Fragen auf parlamentarischem Gebiete zusammen gearbeitet haben, habe ich mich oft sehr mißfällig und mißtrauisch über Wisberg ausgesprochen, aber, ganz offen gestanden, daß er ein solch scharfmascheriger Ohrenbläser sein könnte, und daß er es fertig bringen würde, über die schreienden Mißstände bei so vielen Truppenteilen sowohl an der Front wie in der Heimat, in solch höflicher Weise zu urteilen, das hätte ich selbst diesem fortgesetzt hurra schreienden Drillmeister nicht zugetraut.

Natürlich verhöhnt Wisberg auch den Reichstag und die Abgeordneten. Das vermag ich ihm nicht übel zu nehmen, denn, abgesehen von uns Sozialdemokraten und wenigen bürgerlichen Abgeordneten, hat die Reichstagsmehrheit gegenüber

den Militärs während des Krieges eine solch subalterne Haltung eingenommen, daß der Hohn verständlich wird. Gehiß, inmitten des furchtbaren Kampfes und in Anbetracht der Tatsache, daß das feindliche Ausland mit scharf gespitzten Ohren gerade den parlamentarischen Verhandlungen folgte, mußte jeder ernstlich um das Land und um das Volk besorgte Abgeordnete bei der Besprechung militärischer Angelegenheiten sich erhebliche Reserven aufstellen. Und ich für meinen Teil bekenne frei, daß ich diese Reserven beobachtet und lange nicht alles das öffentlich gesagt habe, was ich wüßte und was zu verschweigen manchmal recht bitter war. Aber während das Heer und das Volk gegen eine Welt von Gegnern sich wehren mußte, durfte man den Gegnern keine billigen Waffen liefern. Und wer aus dem Ausgang des Krieges für uns so besorgt war wie ich und so mancher andere, der durfte aus den Nationalisten in des Heimes nach dem befürchteten unglücklichen Ausgang des Krieges nicht die Waffen zu der Hege liefern, daß schwerwiegende Mitteilungen von der Reichstagstribüne herunter die Gegner ermutigt, ihre Hoffnungen und ihren Kampfeswillen gestärkt und dann die Niederlage des Landes herbeizuführen. Freilich, Wisberg unternimmt dieses feilsche Beginnen trotzdem, aber so kann man ihm, wie allen ähnlichen Hetzern, energisch und mit Recht lästig auf die Finger klopfen.

Jedoch, zwischen der selbstverständlichen Rücksichtnahme auf die Interessen des Landes und des Heeres und der gemeinschaftlichen Nachgiebigkeit gegen die verblendete Militärdiktatur, war denn doch ein gewaltiger Unterschied. In der ersten Hälfte des Krieges waren es wir Sozialdemokraten so ziemlich allein, die sich gegen die bereits schreiend auftretenden Mißstände wendeten, später wurden wir dann von Erzberger, Dr. Wirth, Dr. Haas und wenigen anderen bürgerlichen Abgeordneten dabei unterstützt. Die Reichstagsmehrheit konnte, wenn sie nicht eine so rekrutenmäßige Haltung gegen die Militärs eingenommen hätte, vieles erreichen, besonders dann, als die Kriegslage sich schwieriger zu gestalten begann. Aber da ist durch die Schuld der bürgerlichen Parteien unendlich viel vernachlässigt worden. Ueberhaupt und die Abrogation der Militärs mußten dafür täglich. Wisberg schüttet auch volle Kübel des Hohns und der Kritik über die Reichsregierung aus, besonders über Weismann, Hollweg, Kühmann, Graf Perlekin u. a. m. Es kann mir wirklich nicht in den Sinn kommen, die deutschen Staatsmänner während des Krieges verteidigen zu wollen; sie waren wirklich keine Helden und sicher auch keine Genies. Aber gemessen an einem Wisberg, der innere und äußere politische und wirtschaftliche Fragen aus der Perspektive eines in den engstirnigsten

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK

Baden-Württemberg

Baden-Württemberg

die Pferde eines Fuhrwerks, dem noch zwei Postkarren angehängt waren. Die beiden auf dem vorderen Wagen sitzenden Männer kamen mit dem Schreden davon, doch wurde Frau Schmitt aus Sedach von dem Wagen geschleudert und von den nachfolgenden Postwagen überfahren. Sie erlitt schwere Kopf- und Halsverletzungen.

Freiburg, 17. Okt. In einer Versammlung der hiesigen Frauenvereinigungen, in der die ungenügende Milchversorgung der Stadt Freiburg besprochen wurde, erregte die Mitteilung über den Mangel an Milch dieses Jahres die Aufmerksamkeit der Kinder wegen Unterernährung nicht in die Freiburg'schen Schulen aufgenommen werden können. Die Versammlung forderte, daß mehrere bisher nach Karlsruhe liefernde Milchgemeinden im Bezirk Neustadt i. Schw. ihre Milch nach Freiburg liefern.

Konstanz, 17. Okt. Die Herbstmesse hat gestern begonnen und löste eine stark über das gewöhnliche Maß hinausgehende Anziehungskraft aus. Die ankommenden Personenzüge brachten schon am Vormittag gewaltige Menschenmassen herbei. Auch aus der Schweiz kamen trotz der gesperrten Bahnstrecken zahlreiche Besucher. In den Straßen und in den Geschäften, besonders aber vor den Krämerläden, herrschte reges Treiben eines launischen Publikums. Die Einnahmen der Verkäufer waren gut. Doch spürte man deutlich, daß die Schweizer nicht so viel einkaufte wie bisher, da sie nichts mit über die Grenze nehmen dürfen.

Dittmar (Bez. Lahrweilerhagen), 16. Okt. Gewitter. Am Freitagabend zog hier ein schweres Gewitter auf. Der Wind schlug in den Turm der Kirche und verursachte dort beträchtlichen Schaden. Sein Weg führte ihn durch das Turmdach an der neugeteilten Decke des Kirchenschiffes, wo er überall seine Spuren hinterließ. Glücklicherweise handelte es sich um einen falschen Schlag, doch ist der Schaden immens nicht unbedeutend.

Kleppau (Bez. Vöhring), 16. Okt. Raubüberfall. Auf der Straße von hier nach Dorsbach wurde ein Häftling durch einen Unbekannten überfallen, der ihn seiner ansehnlichen Brieftasche beraubte. Der Häftling setzte sich aber kräftig zur Wehr und schlug den Angreifer nieder. Als noch andere Leute hinzuliefen, nahm der Strauchhieb Weisheit und entkam in der Dunkelheit.

Eberbach, 16. Okt. Schadenfeuer. In dem Maschinenhaus des Hammerwerks und Bergwerksfabrik Karl Badisch brach heute früh 5 Uhr ein Brand aus, der sich sehr rasch nach dem Dachstuhl hin ausbreitete. Die schnell herbeigekommene Feuerwehr vermochte den Brand alsbald zu löschen. Der Schaden ist bedeutend, doch durch Versicherung gedeckt.

Gegen die Aufhebung der Zwangswirtschaft im Wohnungswesen

Als einen vollen Erfolg kann die Mieter- und Untermieter-Vereinigung Karlsruhe e. V. (nicht zu verwechseln mit dem Mieter-Sparverein, der mit den Hauseigentümern liebäugelt) ihre am vergangenen Sonntag vormittag im großen Saale der hiesigen Festhalle veranstaltete Wahlversammlung gegen die Freigabe gewerblicher Räume rufen. Der Redner sprach das soziale Interesse, das dieser Volksfrage entgegengebracht wird, und sie in noch viel größerem Maße zu beunruhigen hat. Die ausgezeichneten, ruhigen und sehr sachlichen Ausführungen des Referenten riefen wiederholt den stärksten Beifall der zahlreich erschienenen hervor.

Der Vorsitzende der Vereinigung, Herr Hebe, eröffnete die Versammlung und erteilte hierauf Herrn Hauptlehrer Kamm-Mannheim (Vorsitzender des Landesverbandes badischer Mieter) das Wort, welcher etwa folgendes ausführte:

Die Entziehung des Mieterrechtes haben wir dem Kriege, und nicht, wie irrtümlicherweise behauptet wird, der Revolution zu verdanken. Dessen Nachteil hat dieses gesetzgeberische Werk aber weiter ausgebaut. Grundbesitzer und noch mehr das Bodenkapital glauben aber jetzt die Zeit für gekommen zu unter dem Titel 'Freie Wirtschaft' mit dem Abbau dieser Bestimmungen anfangen zu können. Im Gegensatz hierzu vertritt die Mieter-Vereinigung den Standpunkt eines noch größeren Ausbaues dieser Gesetze, damit man später die Selbstverwirklichung (Sozialisierung) vornehmen kann. Leider sind letztere Pläne noch utopisch, die auch durch die Launheit und Eingeschlossenheit der Mieter nicht zur Verwirklichung kommen können. Der Referent zeigte weiter an Hand von Beispielen, wie sich die Hauseigentümer zu großen zentralen Organisationen zusammenschließen, die Zeugnis von der Negativität geben, immer wieder die Aufhebung der Zwangswirtschaft im Wohnungswesen fordern. Ein Bundesgenosse ist ihnen in der Sozialkommission erschienen, welche Freigabe der zu gewerblichen Zwecken benötigten Räume fordert. Würden diese Maßnahmen durchgeführt, so hätten die Hauseigentümer die feinsten erwarteten Durchlöcherungen des Mieterrechtes. In sehr lehrreichen Beispielen erläuterte dieser Punkt Herr Kamm. Wenn die Zwangswirtschaft aufgehoben wird, dann ist der Staat unvermeidlich. Er wandte sich weiterhin gegen die Bodenbesitzer, die ihr arbeitsloses Einkommen immer noch vergrößern wollen und den Hauseigentümer zu Maßnahmen zwingen, die ihn in dauernden Kampf mit den Mietern drängt. Dem folgenden

Kommisgedanken erzeugten Wachtmeisters beobachtet und beurteilt, konnten sich die wilmelminischen Kriegskriegsmänner sehr wohl sehen lassen. Wenn man bei der Lektüre des Weisberg'schen Buches bedenkt, daß die Offiziere, die durch den Generalstab und durch das Kriegsministerium gegangen sind, die Auslese des Offizierskorps darstellen, dann erhält man einen Begriff von der geistigen Höhe des Offizierskorps im allgemeinen im alten Deutschland.

Glaubt Weisberg auf der einen Seite die Staatsmänner, die Politiker, den Reichstag und die Abgeordneten von oben herunter abtun zu können, so steigt sofort seine Achtung und sein Vertrauen, wenn er von den Militärs und speziell von den Felds, Generalkommandos spricht, die in der Heimat gehalten haben, das große deutsche England anzurichten. Sie haben ja bekanntlich bis im deutschen Vorzeiland gebaut. Was für Marsbergs in den Felds. Generalkommandos gesehen haben, nur ein amüsanter Reizspiel.

1916, als die Parteipaltung in Erscheinung trat, sollte Hugo Haase in meinem früheren (ergabigen) Wahlkreis als Korreferent gegen mich sprechen. Das G. A. des 19. (2. fächstages) Korreferat forderte von beiden Referenten vorher die Entziehung eines wortgetreuen Konzeptes. Ich fuhr nach Leipzig und stellte dem Leiter der politischen Angelegenheiten behandelnden Abteilung, dem Generalleutnant Gadegast vor, daß Haase doch unmöglich als Korreferent vor meiner Rede von Wortlaut seiner Rede einreichen kann. Mit dem pfiffigen Gesicht, wie es sich ein deutscher Durchschnittsgemeinmann machen kann, meinte er, es ginge nicht um die Rede, sondern um die haltenden Reden vorher verständigen könnte. Er überraschte mich sogar mit der Forderung, auch die Diskussionsreferent müßten vorher dem G. A. einreichen, was sie zu sagen hätten. Als ich mit vieler Mühe endlich die Ergänzungen von der Unmöglichkeit dieses Verlangens überzeugt hatte, sagte sie verächtlich: 'Dann verziehen Sie einfach die ganze Diskussion und sind dann um alle Schwierigkeit herum.' Am mir aber zu beweisen, wie laut er auch sein könne, sagte der General mir, er habe zum anderen Tage in Leipzig einem Herrn Geyer (gemeint war der heutige kommunistische Reichstagsabgeordnete Geyer sen.) eine öffentliche Rede erlaubt, weil die Poli-

hausbesitzer geht es heute nicht besser als jedem Arbeiter. Er sollte sich aber nicht gegen den Mieter der infolge des furchtlichen Lohnes keine höheren Mieten zahlen kann, wenden, sondern gegen das Bodenkapital, nach dessen Freie er langen muß, was aber den meisten gar nicht zum Bewußtsein kommt. Die Wähler sollten sich zum 30. Oktober merken, welche Parteien starke Vertretungen dieses Kapitals haben. Für die Mieter ist die Frage entscheidend, ob eine Partei für oder gegen den Mieter steht. Die Aufhebung des Sperrgesetzes ist das lehrreichste Beispiel. Eine der größten kulturellen Aufgaben ist die Schaffung einer gesunden Wohnung für jeden Volksgenossen. Dazu sind die Mieter gern zu Opfern bereit. Es sei hierbei auf die Wohn-Abgabe hingewiesen, die in gerechter Form baldigt erhoben werden sollte. Wenn die Mieter die freie Wirtschaft abwehren wollen, dann ist der Zusammenschluß der Mieter in einer mächtigen Organisation erforderlich. Es ist deshalb Pflicht der Mieter, der Mieter- und Untermieter-Vereinigung beizutreten, wenn sie nicht der Spielball der Bodenbesitzer werden wollen. — Die vorerwähnten Ausführungen fanden den ungeteilten Beifall der Massenversammlung.

Die Diskussion war sehr lebhaft. Genossin Abgeordnete Fischer verteidigte das letzte Landesparlament gegen einen Angriff eines Redners. Eine interessante Anfrage wurde aus der Mitte der Versammlung gestellt: Welche politischen Parteien sind hier offiziell vertreten? Das Zentrum, die SPD. und Kommunisten konnte der Vorsitzende Hebe als vertreten bekannt geben. Auch ein Kommunist verurteilte eine Wahlfrede zu halten, mit der er wohl zu seinem Bedauern schon im Anfang aufhören mußte.

Am Schlußwort stellte Herr Kamm vergebens die richtige Gegen 1/2 Uhr konnte der Leiter die mächtige, eindrucksvolle Versammlung schließen. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

Die am Sonntag, den 16. Oktober 1921, in der Festhalle in Karlsruhe versammelten Mieter legen energisches Protest ein gegen die von der Sozialkommission empfohlene Freigabe der zu gewerblichen Zwecken benötigten Räume. Diese Freigabe wäre eine Durchbrechung des Mieterrechtes, würde eine ungeheure Steigerung der Mieten für diese Räume mit sich bringen, dadurch den gesamten Konsum auf schwerste belasten und in unserem Wirtschaftsleben die stärksten Erschütterungen hervorrufen. Die versammelten Mieter stellen an die Volksvertreter das Verlangen, statt der Freigabe der für gewerbliche Zwecke benötigten Räume einen weitgehenden Ausbau des Mieterrechtes, Fortsetzung finanzieller Art in der Höhe, wie dieselben von der Sozialkommission und in dem dem Reichstage vorliegenden Reichsmietengesetz direkt und indirekt an die Mieter gestellt werden, sind unerträglich und von den Volksvertretern des Landtages und des Reichstages abzulehnen. Gerade die Forderungen erkennen die Mieter an. Nicht Abbau des Mieterrechtes, sondern Ausbau desselben ist notwendig, um ein geordnetes Wirtschaftsleben weiterzuführen zu können. Die Versammlung fordert die Volksvertreter auf, die Interessen der Mieter in den Parlamenten wahrzunehmen und für den Ausbau des Mieterrechtes auf das energischste einzutreten, ebenso für eine gesunde Förderung des Wohnungsbau.

Her aus, ihr Wählerinnen und Wähler

Morgen Mittwoch abend 8 Uhr finden in folgenden Bezirken und Lokalen öffentliche Wahlversammlungen statt:

- Altstadt: 'Branerei Kammerer', Waldhornstr.
Dittmar: 'Arone', Ede Nintheimer- und Georg Friedrichstr.
Südstadt: 'Auerhahn', Schützenstraße;
Südweststadt: 'Prinz Heinrich', Kurvenstraße;
Weststadt: 'Wirtin Berger Hof', Uhlendittstr.
Mühlburg: 'Stadt Karlsruhe', Rheinstraße;
Grümwinkel: 'Südrich'.
Die Tagesordnung in allen Versammlungen lautet:
'Die bevorstehenden Landtagswahlen'

Referenten sind: Frau Landtagsabg. Fischer, die Genossin Stadt. Vöhringer, Staatsrat Warum, Reichstagsabg. Schäfflin, Regierungsrat Weismann, Stadt. Graf-Förzheim und Schulinspektor Reinmuth-Pörzheim.

Wählerinnen und Wähler! Nicht der politische Schein ändert unsere heutigen Verhältnisse, sondern die rechte politische Betätigung. Darum findet euch zahlreich in den Versammlungen ein.

Genossinnen und Genossen, agitiert für Massenbezug!

Bei 4 Jellen Nr. 1,50 die Jelle

Bei 5 Jellen Nr. 1,80 die Jellen

(Vergnügungsanzeigen finden unter dieser Rubrik keine Aufnahme)

Karlsruhe. (Abteilungsleiter.) Jeden Dienstag und Freitag, abends 7 Uhr, Redungsabend im Schrempf'schen Bierkeller.

Standesbuchausz. Stadt Karlsruhe

Geschichtungen. Aug. Schuder von hier, Schloffer hier, mit Lydia Föhring von hier, Theod. Schneider von hier, Gärtner hier, mit Lina Fern von hier, Joh. Heminger von hier, Kranzschneider hier, mit Johanna Jahn von Mannheim, Franz Wiffelst von Emmrich, Buchhalter hier, mit Wanda Lorel von hier, Ernst Oberhardt von hier, Schloffer hier, mit Ida Mißhele von hier, Georg Kirchhofer von Lahrbach, Zigarrenmacher hier, mit Marie Fret Witwe von Loffenau, Karl Kahl von Mannheim, Heiger hier, mit Berta Weiß von hier, Anton Abend von Speyer, Mag. Arb. hier, mit Dina Werre von Wertheim, Alo. Schiller von hier, Schuhmacher hier, mit Luise Rau von Knittlingen, Erwin Waverle von hier, Postkeller hier, mit Luise Viertel von hier, August Fels von Gernsbach, Glaser hier, mit Wina Grotlich von hier, Otto Hoppell von hier, städt. Arbeiter hier, mit Klara Grah von hier, Jidior Geiger von Ralsch, Telegr.-Arb. glida, mit Elfa Harischau von hier.

Todesfälle. Luise Gerhardt, alt 83 Jahre, Ehefrau von Gg. Gerhardt, Schneidemeister. Johannes Unterwagner, Landwirt, Chemann, alt 57 Jahre. Albert, alt 1 Monat 7 Tage, Bapt. Doregani, Zementeur.

Aus der Stadt

Karlsruhe, 18. Oktober.
Geschichtskalender

18. Oktober, 1777 'Der Dichter Heinrich v. Kleist in Frankfurt a. O. — 1896 Otto Kapell, Gewerkschaftsführer und Soz., Hamburg. — 1918 Rückzug der deutschen Truppen an der Westfront.

Karlsruher Parteianrichten

Verein Arbeiter-Jugend Karlsruhe. Morgen Mittwoch abend punkt 7 Uhr findet im Nebenzimmer des 'Auerhahn', Schützenstraße, eine wichtige Vorstandssitzung statt. Pünktliches und vollständiges Erscheinen aller Vorstandsmitglieder ist dringend nötig.

Bezirk Klippur. Die Versammlung, die am Mittwoch abend 8 Uhr im 'Böhlinger Löwen' stattfindet, muß auf geschoben werden. Ausreden haben keine Geltung. Auf der Tagesordnung steht: Bahlarbeit und Vortrag des Genossen Dr. Nordmann über 'Die badische Gemeindeordnung'. Volksfreunde sind willkommen.

Ein Schrei nach Gerechtigkeit!

Der Verband heimattreuer Oberflößer schreibt uns: Das oberflöhrische Volk und mit ihm das gesamte deutsche Volk empfindet eine maßlose Empörung über den schamlosen Entschluß des Völkerverbundesrats. Bevor er in der schicksalsschweren europäischen Frage ein Urteil fällt und darüber entscheidet, ob ein Volk zerstückt und zerrissen werden dürfe, ob ihm die Ergebnisse langer Arbeit gestohlen, ob Menschen, die nach dem Worte seines Erzeugers Wilson nicht wie Vieh verhandelt werden dürfen, in die Hände fremder Sklaverei gezwängt werden sollten, so hätte er nach der Stimme der Gerechtigkeit, wie sie die Volksabstimmung vom 20. März ergab, beistimmen müssen. Die Karlsruher Bürgererschaft ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit und Konfession wird erucht, den Todesstoß abzuwenden und in hellen Scharen heute Dienstag, nachmittags 4 Uhr im großen Festhallaal zu einer gewaltigen Kundgebung, in der die Herren Minister Dr. Engler, Hummel und Köhler das Wort ergreifen werden, zu erscheinen.

Der Kampf um die Kartoffeln

Große Erbitterung herrscht in weiten Kreisen der Bevölkerung über die maßlosen Preise für Kartoffeln, die eine Einlagerung für viele Familien einfach unmöglich machen. Ueber die Folgen, die daraus entstehen können, machen sich die Preissteigerer aller Schattierungen scheinbar kein Kopfbrechen. Wie ernst aber die Lage ist, kann aus einer Entschließung ersehen werden, welche eine Vergarbeiterkonferenz an die zuständigen Stellen richtete. In dieser Entschließung wird auf die große Erbitterung aufmerksam gemacht, welche der Kartoffelwucher erzeugt hat und auf die Befürchtung der Entziehung der Nahrung hingewiesen, wenn keine Abhilfe geschaffen wird. Die Preissteigerer, ob Händler oder Erzeuger, mögen daraus ersehen, daß der Zeiger wieder einmal auf 5 Minuten vor zwölf steht! Wir warnen diese Kreise, bevor es zu spät ist, Mägen sie ihr schändliches Gebahren lassen.

Daß die Vernunft auf dem Lande noch nicht ganz dem Kamontentum zum Opfer gefallen ist, beweisen einige sehr erfreuliche Nachrichten. So wird aus Bonndorf gemeldet, daß die Landwirte in Bettmaringen keine Kartoffeln an Händler abgeben, sondern nur an solche Vermittler, die sie direkt an Verbraucher freigegeben. Der Preis wurde auf 30 M pro Zentner festgesetzt. Und aus Billingen meldet die 'Freie Stimme': Nachdem die Landwirte in der Vaar einen Kartoffelpreis von 35-45 M angeboten hatten, erschienen Händler, die den Preis auf 60-70 M in die Höhe trieben. Die Verbraucher haben gegen diese Preissteigerung Front gemacht und das Bezirksamt Billingen hat nun einen Angemessenheitspreis von 50 M festgesetzt.

Wenn diese Meldungen richtig sind, so können wir nur sagen: Gut ab vor diesen Landwirten! Hoffentlich findet ihr gutes Beispiel viele Nachfolger.

Im großen und ganzen muß bei Beurteilung der Sachlage festgestellt werden, daß der ganze Wucher doch nur die Folge der Aufhebung der Zwangswirtschaft und der Einführung des freien Handels ist, der uns goldene Berge in Gestalt von geringeren und billigen Lebensmitteln verspricht. Und große Kreise der Verbraucher haben in der Gerechtigkeit der Händler und Erzeuger auf Aufhebung der öffentlichen Wirtschaft eingewilligt und die Geschäfte der Volkswirtschaft befragt. Die Folgen sind allerdings schwer und müssen weiter bejault werden. Auf diesen Umständen hingewiesen, halten wir ebenfalls für unsere Pflicht, denn wir hatten seinerzeit die Konsumenten genau davor gewarnt.

Bereinsanzeiger

Karlsruhe. (Abteilungsleiter.) Jeden Dienstag und Freitag, abends 7 Uhr, Redungsabend im Schrempf'schen Bierkeller.

Kein schmerzhaftes Rasieren mehr!

Die neue haarwundende Rasierseife LEOSIRA ermöglicht auch bei hartem Wasser und ungeschliffenen Scher an leichtem, angenehmem Rasieren. Kein unangenehmes Brennen der Haut nach dem Rasieren. Tadellos schmerzlos, hygienisch im Gebrauch, außerdem billig. Preis 3 M. 100 g. Ein bis bedingtes Güterzeichen-Schneppel haben, erhalten Sie auch Leosira-Rasierseife. Laboratorium LEO, Dresden-N. 6.

Die öffentliche Versammlung der Geistesarbeiter

Gestern Abend war trotz der zur gleichen Zeit stattfindenden Versammlungen der Beamten wegen der Ortschafteneinteilung und des Bundes für soziale Dreigliederung ziemlich gut besucht. Der Redner des Abends, Schulinspektor Reimuth-Pforzheim, wies auf die außerordentlich große Bedeutung der Landtagswahl für die Beamten hin und erklärte, welche Rechte und Vorteile die Revolution und die neue Staatsform der Beamten gebracht haben. Die Beamten haben es nun in der Hand, ob der Kurs vorwärts oder rückwärts geht. Mit den Rechten haben die Beamten auch Pflichten bekommen. Die Beamten müssen sich von anerzogenen Vorurteilen freimachen und hinsichtlich der politischen Parteien vernünftig zu denken versuchen. Der Ratsstaat und die Verfassung, sie müssen ausgefüllt werden mit einem anderen Geiste, als er im Obrigkeitsstaat herrschte, sonst können bessere Verhältnisse nicht erwartet werden. Der Referent weist nach, daß jeder moralisch empfindende und rechtlich denkende Mensch mit Stolz sich zum Sozialismus bekennen müsse, daß der Sozialismus dem Christentum nicht feindlich gegenübersteht, sondern sich auch aus der christlichen Anschauung ableiten läßt, und daß der Sozialismus die beste Form der Volkswirtschaft ist. Der Sozialismus hat ein Erlösungswort an der Menschheit zu verkünden.

An der recht lebhaften Aussprache beteiligten sich die Herren Böhlinger, Beckmann, Schneider, Waff, Heil, Genossin Schneider, Genosse Kluge und Herr Hochwart. Es wurden dabei die Beamtenverhältnisse und das Verhältnis der Beamten zur Sozialdemokratie von allen Seiten eingehend beleuchtet und die Notwendigkeit der politischen Betätigung der Beamten und ihres Eintretens für den Sozialismus betont.

Stiftungsfest der Freien Turnerschaft, verbunden mit Herbstfeier des Gemeinde- u. Staatsarbeiter-Verbandes

Es war ein glücklicher Gedanke der beiden Organisationen, gemeinsam ihre Feier zu begehen, denn vor allen Dingen kommt dabei so recht die Zusammengehörigkeit der beiden Bewegungen zum Ausdruck und auch das Bewußtsein, daß beide Organisationsglieder der sozialistischen Bewegung sind. Eingeleitet wurde die prächtig verlaufene Veranstaltung mit einem festlich gespielten Marsch des Musikvereins (Leiter Herr Leonhard), wie auch die übrigen Leistungen der Kapelle als recht gute bezeichnet werden können. Der gesangliche Teil besteht der „Vollstund Weis“. Prächtig und klangvoll wurde „Walter von der Vogelweide“ unter der Leitung von Vizebürgermeister Weiler wiedergegeben. Es folgten sodann einige hübsche Volkstänze und zum Schluß klang Uffmanns „Sturm“ in mächtiger Wirkungsvoller Tongabe unter der Direktion von Chorleiter W. Giffler durch den Saal. Sänger und Leitung wurden jeweils mit wahren Beifallsstürmen überhäuft.

Der größte Teil des Programms war der turnerischen Seite gewidmet. Was hier die Freie Turnerschaft leistete, war ein herzerfreudendes Bild proletarischer Kultur im Dienste der Volksgesundheit, es waren von den besten Gaben aus dem Jungbrunnen der Körperkultur. Eine Kusterriege am Barren und Red wartete mit hervorragenden Gipfelleistungen auf. Turnerinnen der Abteilung Hardtschule zeigten ihre Kunst in Stabübungen mit Musikbegleitung, die recht gut klappten und Zeugnis von großer Hingabe an ihre edle Arbeit ablegten. Das gleiche kann von den Turnerinnen der Oststadt mit ihren prächtigen Reutenübungen gesagt werden. Die Männerabteilung führte sehr schwierige Stabpyramiden auf, die als ausgezeichnete Leistung bewertet werden müssen. Jeder Teilnehmer war ein Künstler in seinem Fach. Mit drei glanzvollen Vorführungen bereicherte die Turnerinnenabteilung der Goetheschule das Programm. Die Freiwandlungen der beiden ersten Abteilungen verrieten musterhafte Schulung und hatten einen durchschlagenden Erfolg. Eine Glanzleistung in jeder Hinsicht waren aber die Freiwandlungen mit anschließendem Langreigen der dritten Abteilung. In musterhaften großzügigen ungezwungenen rhythmischen Formen wurden die Arm- und Schrittbewegungen vollführt, wobei die Zuschauer aus dem Staunen nicht mehr herauskamen. Prächtige wirkungsvolle Pyramiden bildeten den Abschluß der Darbietungen. Jung und Alt freuten sich über das Gebotene und bezeugten ihren Dank durch allgemeinen Beifall. Dieser Abend war wieder ein Ehrenblatt in der Geschichte der Freien Turnerschaft. Möge der Verein noch mehr wie bisher von der Arbeiterschaft unterstützt werden.

Eine Aufklärungsversammlung der Beamenschaft

Der Bad. Beamtenbund berief auf gestern Abend die Beamtenversammlung in den „Friedrichshof“, um über den Stand der Ortschafteneinteilung Aufklärung zu geben. Die Versammlung war überaus gut besucht. Der Vorsitzende des Bezirksverbandes, Herr Kern, stellte mit Genugtuung fest, daß die badische Regierung die Sache der Beamtenhaft zu der ihrigen gemacht habe. Der 2. Vorsitzende des Badischen Beamtenbundes, Herr Schäfer, verlas ein Schreiben aus Berlin betreffend Zeit und Gestaltung der Schlußverhandlungen mit den Vertretern der Beamtenorganisationen, denen man für jedes Land und jede Provinz bestimmte Richtlinien zugrundelegen will. Anfangs Dezember werde die Vorlage des endgültigen Ortschaftenverzeichnis dem Reichstage zugehen, um etwa Mitte des Monats verabschiedet zu werden, sodas die Nachzahlung noch vor Weihnachten erfolgen kann. Neben machte weiter Mitteilung über eine Aussprache mit Herrn Finanzminister Köpfer, der erklärte, daß Karlsruhe unbedingt in A kommen muß, falls München und Stuttgart dahin eingereicht werden. Sodann berichtete Herr Panfili über die Berliner Verhandlungen, denen er als Vertreter Karlsruhs anwohnte. Herr Heil vom Bezirksverband der Gruppe Pforzheim und Gendamerie forderte die Einreichung unserer Stadt, einer der teuersten in Deutschland, in A als einen Akt der Gerechtigkeit. Einmütig fand sodann folgende Entschlußfassung Annahme, die der badischen Regierung unterbreitet werden soll: „Die am 17. Okt. 1921, abends im Saale des „Friedrichshof“ äußerst zahlreich versammelte badische Beamenschaft hat die Aufforderung ihrer Organisationsführer in der Frage der Einreichung der Stadt Karlsruhe in das endgültige Ortschaftenverzeichnis entgegengenommen. Die badische Beamenschaft hat Vertrauen zu der von Herrn Finanzminister Köpfer am 16. Okt. 1921 den Beamtenvertretern abgegebenen Erklärung. Sie erwartet aber von der badischen Regierung mit ebensolchem Vertrauen und Bestimmtheit, daß keine weitere Verschleppung eintritt, und daß der Sinn und Inhalt der Erklärung mit demselben Nachdruck verfolgt wird, daß Karlsruhe in Ortschaftenklasse A eingereiht wird, auch dann, wenn die politischen Verhältnisse in der Reichs- und badischen Regierung sich verändern sollten.“

Präkommission des Volksfreund. Am Donnerstag Abend 6 Uhr findet in der Redaktion des „Volksfreund“ eine Sitzung der Präkommission statt. Das Ergebnis der Haus- und Straßensammlung für die Opfer von Oppau am Samstag und Sonntag in dieser Stadt beträgt etwa 30000 M. Erhöhung des Bierpreises. Die badischen Brauereien werden mit Wirkung vom 1. November d. J. eine Erhöhung der Bierpreise eintreten lassen. Es soll betragen der Preis für das achtprozentige Bier 270 M und jener für das zwölfprozentige Bier 330 M pro Hektoliter. Am nächsten Mittwoch findet eine Besprechung der Gastwirte mit den Brauereien statt, bei welcher die neuen Ausschankpreise festgesetzt werden. Abend für Oppau. Die Angestellten und Arbeiter der Firma A. Braun u. Co., Waldstraße, leistete zugunsten der Opfer von Oppau 3 Leberstunden, welche den Betrag von 2260 M ergab. Die Firma selbst gab 2000 M dazu. Die Summe von 4260 M wurde auf Sammelkarte des Bad. Gewerkschaftsbundes durch Ueberweisung an die Vereinsbank abgeliefert. Zum Brand des Hauses Solfenstraße 12 melbet der Polizeibericht, daß das Gebäude Eigentum der Stadtverwaltung ist. Ein Dienstmädchen, das mit offenem Licht aus dem Speicher Holz geholt hatte, wurde wegen Bedachts der gefährlichen Brandstiftung festgenommen. Seltsames Naturphänomen. Bis Ende Oktober zeigt der Morgenhimmel eine glänzende Planetenversammlung. Wie unter astronomischer Mitwirkung mitteln, gehen morgens um 5 Uhr Jupiter und Saturn zwischen den Sternen des Bildes des Jungfrau auf. Darüber steht die prächtige, alle Bruderplaneten überstrahlende Venus und darüber wieder der Mars. Alle vier Planeten befinden sich fast in einer Linie. In ihrer Verlängerung liegt Regulus im Sternbild des Löwen.

* Taschendiebstähle. Am Samstag vormittag wurden während des Wochenmarktes auf dem Marktplatz hier durch unbekannte Täter 3 Taschendiebstähle verübt; einer Frau wurden aus der Handtasche der Geldbeutel mit 100 M, einer anderen Frau aus dem Mantelforb eine Geldmappe mit 370 M und der dritten Frau aus der Manteltasche der Geldbeutel mit 57 M Inhalt entwendet.

Badisches Landestheater. Sinfoniekonzerte des Landes. In diesem Winter finden wieder wie üblich im Landestheater 6 Sinfoniekonzerte unter Mitwirkung auswärtiger Solisten und Instrumentalisten statt. Das erste Konzert ist auf Montag, den 24. Oktober, abends 7 Uhr, angesetzt.

Stadtgartenkonzert. Das für heute nachmittags vorgesehene Konzert fällt wegen der gleichzeitig im großen Festsaal stattfindenden Protestversammlung gegen die Aufstellung Obersteriens aus.

Valuta-Bericht vom 17. Oktober

Karlsruhe, den 17. Okt. Die Valuta der Schweiz ca. 320 Gts. Auszahlung Holland 50 M per holl. Guld. Auszahlung Schw. 38 M per schw. Fr. Auszahlung England 705 M per holl. Guld. Auszahlung Frankreich 1350 M per frz. Fr. Auszahlung Newyork 185 M per Dollar.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 17. Oktober 1921

Das trockene Wetter dauert ununterbrochen fort. Am Tage ziemlich warm, nachts kühl, teilweise bis zur Frostbildung. — Voraussichtliche Witterung bis Donnerstag nach: Fortdauernd heiter, am Tage mäßig warm, nachts sehr kühl, vielfach neue Nebel.

Wasserstand des Rheins

Schusterinsel 50 Jtm., gest. 1. Rhef. 138 Jtm., gest. 1. Ragau 284, gest. 2, Mannheim 161, gest. 3.

Letzte Nachrichten

Zeitungsstreik in Berlin

BERLIN, 18. Okt. Die Arbeiterschaft des Verlags Rudolf Mosse, „Berliner Tageblatt“, „Berliner Volkszeitung“ hat am Samstag wegen Ablehnung tarifmäßiger ultimativer Forderungen die Arbeit niedergelegt, sodass die genannten Blätter seitdem nicht erscheinen konnten. Die Organisation der Berliner Zeitungsverleger hat sich nunmehr mit dem Verlag Rudolf Mosse solidarisch erklärt. Es sind daher heute Morgen nur die drei sozialistischen Blätter, die „Kreuzzeitung“ und die „Deutsche Zeitung“ erschienen.

Drohender Eisenbahnerstreik in Nordamerika

CHICAGO, 17. Okt. Vier Verbände des Zugpersonals und der Beiwagenbediener sind aufgefordert worden, in einen allgemeinen Streik einzutreten, der am 30. Oktober beginnen soll. Die Eisenbahnen sind von den Streikenden in vier Gruppen geteilt. Das Personal von 17 Eisenbahnen wird an dem genannten Tage in den Ausstand treten und nach je 24 Stunden wird der Streik der anderen Gruppen erklärt.

NEWYORK, 17. Okt. Wenn die Aufforderung zum Eisenbahnerstreik in vollem Umfang befolgt wird, so werden am 30. Oktober über eine halbe Million Eisenbahner und Angestellte in den Ausstand treten und am 2. November werden etwa zwei Millionen Angestellte infolge der vollständigen Einstellung eines Bahndienstes feiern. Wie gemeldet wird, haben über 90 Proz. der Angestellten bereits für den Streik gestimmt. Die Arbeiterführer erklären, daß dieses der größte Streik in der Geschichte der Vereinigten Staaten sein würde.

Schriftleitung: Georg Schöpslin. Verantwortlich: für Artikel, Politische Uebersicht und Letzte Nachrichten Hermann Kadel; für Badische Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Feuilleton Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gewerkschaftliche, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Giese; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

Reinverkaufspreise für Gemüse und Obst für die Zeit vom 18. Oktober bis 24. Oktober 1921

Table with 3 columns: Gemüse, Obst, and prices. Includes items like Endivien, Feldsalat, Kohlrabi, Karotten, etc.

Auf Grund der Bekanntmachung der k. d. Preisprüfungsstelle Karlsruhe vom 20. August 1920 sind die Kleinverkäufer in Karlsruhe und den Vororten verpflichtet, an ihrem Verkaufsstelle einen von der Preisprüfungsstelle abgestempelten Preisausgang sowie an den Verkaufsstellen und Warenbehältern ein Preischild anzubringen; wer dieses unterläßt macht sich strafbar. Das Verkhren des Obstes von Seiten der Käufer ist verboten. 2387

Karlsruhe, den 14. Oktober 1921. Der k. d. Preisprüfungs- und Ueberwachungs-ausschuß für Marktwaren, Obst und Gemüse. Die Bezirkspreisprüfungsstelle Karlsruhe-Land.

Glaser (Blattglaser, Rahmenmacher und Zuschneider) für dauernd zum sofortigen Eintritt gesucht. Markthaler & Barth, Neuenheimerstraße 2.

Teure Eier sparen Sie durch Dr. Oetker's Milch-Eiweiß-Tulber mit Triebzusatz. 2-3 Eier für Pfannkuchen, Klöße, Kuchen, Torten. Man verlange Rezeptbuch C in den Geschäften oder von Dr. A. Oetker Bielefeld

14 billige Tage 14! für erstklassige Gummisohlen von Dienstag, 18. Oktober, bis Dienstag, 1. November. Um unserer verehrlichen Kundschaft und Publikum die Möglichkeit zu geben, seinen Winterbedarf in Schuhsohlen günstig einzudecken, haben wir uns entschlossen, unsere beim verehrl. Publikum so beliebten billigen Tagen wieder zu geben. Herrensohlen Mk. 21.50 Damensohlen Mk. 18.50 und Absätze Mk. 18.50 einschließlich der Aufmachung. Gummisohlen werd. mit Spezial-Maschine wasserd. aufgepreßt. Gummiwarenhaus K. Sperber Werderplatz 34 6670

Volksbuchhandlung der sozialdem. Adlerstr. 16 befindet sich

Der bekannt und beliebte Etagen-Pelz-Verkauf. H. Scharyp Karl-Friedrichstr. 6. gegenüber dem Schloss-Café-Marktplatz bringt wieder in grosser Auswahl gute, echte Leipziger Pelze. Moderne Formen - Keine minderwertige Massenware - Sehr billige Preise - Keine teure Ladenmiete

Glaser (Rahmenmacher) werden zum sofortigen Eintritt gesucht von Billing & Zoller A.-G. Karlsruhe 6647

Warenjhrank mit dir. Fabrik für best. Qualität, einf. Kolonialwaren - Schrank mit 64 Schubladen und Zubertheke zu verkaufen. S. Guggenheim An- u. Verkaufsgeschäft Marktplatzstr. 25, Tel. 4971

Diplomat-Schreibisch, massiv elden mit Sessel, Divan, Spielisch, Waldstummel mit Wärmor u. Spiegel, hierzu haß Bett, Pellerlammode, 11 fleischlos, Stanzsenger u. a. m. bestant billig. S. Guggenheim An- u. Verkaufsgeschäft Marktplatzstr. 25, Tel. 4971

Kleider, Schuhe, Wäsche, Möbel, kaufen Sie am billigsten im An- u. Verkaufsgeschäft Grotzer, Fähringerstraße 53 a, Teleph. 3488.

„Nissin“ Kopfläuse gegen Kopfläuse Nichts anderes nehmen! Zu haben in allen Apotheken und Drogerien.

